

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 9.

Sonnabend, den 28. Februar 1914.

18. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die schwarzen Listen des Verbandes der Steinbruchbesitzer. — Der Tarifvertrag IV. — Die Unternehmerverbände in Deutschland. — Der christliche Keramikerverband als Unternehmerhilfe. — Zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Mitteilung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Zum Tarifwesen in der Steinindustrie. — Aus dem Fichtelgebirge. — Berliner Situationsbericht. — Der gestaute Baumgarten. — Korrespondenzen.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Siehe alle unter dieser Aufschrift veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperzt sind: Craihsheim: Firma Buxer in Bälgental und Wallhausen. — Rütten: Firma Bergenthal. — Hirschberg (Schlesien): Firma Stahlberg. — Essen: Grabsteingehäuse Röder, Germiniusstr. 12. — Windisch-essenbach: Baufirma S. Lindner. — Aue: Granitwerk Weiskorn. — Allenstein: Firma Berner & Siemens. — Ufen: Firma Wellhausen. — Halle: Sämtliche Betriebe. — Ebersbach a. M.: Maß Winterheldt. Verbandsmitglieder werden entlassen und Unorganisierte eingestellt. — Wildemann: Firma Karl Kappel.

Neusorg-Neubau (Oberpfalz). Der Keramiksektretär Schwarz aus Weiden will für die Firma Hartmeyer in Geberschweier (Elsass) Pfistersteinmacher anwerben. Die Firma hat unsere Mitglieder entlassen, nun wollen die Zentrümmer der bedrängten Firma die nötige Unterstützung leisten.

Giersdorf (Kreis Netze). Die Differenzen bei der Firma Klelow sind erledigt; ein Tarif mit wesentlichen Verbesserungen konnte abgeschlossen werden.

Meh. Auf die eingereichte Tarifvorlage haben die Unternehmer noch nicht geantwortet. Es wird ersucht, Zugang fernzuhalten.

Magdeburg. Die Kollegen stehen in Tarifverhandlung. Die erste Verhandlung führte zu keinem Resultat. Zugang ist fernzuhalten.

Bayrischer Wald. Nachdem die Kollegen den Tarif für die Steinmehnen gekündigt und eine Vorlage unterbreitet haben, antworteten die Unternehmer mit einer Gegenvorlage, welche durchaus Verschlechterungen der bisherigen Verhältnisse darstellt.

Kündigung im Fichtelgebirge. In den Orten Schwarzenbach, Hof, Seuffen, Sparneck, Ufch, Selb, Niederlamitz, Wunsiedel, Weichenstadt, Kaiserhammer, Berned und Bayreuth wurde unseren Verbandsmitgliedern am 21. Februar seitens der Schleifereibesitzer das Arbeitsverhältnis gekündigt (siehe Artikel). — Die Gebirgbrüder Bates in Neumühl bei Marktfeulden haben sämtliche Steinmehnen und Schleifer ausgesperrt.

Wiesbaden. Unter Leitung des Gewerbegerichtsvorsitzenden kam ein Tarifvertrag auf die Dauer von drei Jahren zustande. Während der Tarifdauer erhöht sich der Stundenlohn um 4 Pfg. Der Tarif gilt für Wiesbaden und Biedrich.

Coburg. Mit dem hiesigen Granitwerk kam mit einer dementsprechenden Erhöhung ein Tarif zustande.

Berlin. Die Unternehmer weigern sich, Verbesserungen in die neuen Tarife aufzunehmen. Zugang ist bis zur Beendigung der Bewegung streng fernzuhalten.

Lohmen. Bei der Firma Max Auerswald (Inhaber: Herr Schildgen) streiken sämtliche Granitarbeiter.

Stettin. Die Steinmehmeister wollen in den Tarif scharfe Bestimmungen hineinbringen, welche für uns unannehmbar sind. Zugang ist streng fernzuhalten.

Nördlingen. Die Steinmehnen der Granitfirma Koppel & Söhne stehen noch im Streik, da von Seiten der Unternehmer sämtliche Lohnforderungen abgelehnt wurden.

Schönd (Spreewälder). Der Unternehmer Kalauch hat 22 Granitarbeiter ausgesperrt, weil sie sich die Unkosten für das Schärfen des Werkzeuges nicht aufbürden lassen wollten.

Schweden. Gesperzt sind: Malmö: Aktiebolaget Mer-serums Stenbaggerier und die Granitfirma Scandinavien. — Lund: Firma Bilh. Schannong (Monumentbranche). — Landskrona: Firma Stansta Marmoraktiebolaget. — Solvesborg: Svenska Granitindustriaktiebolaget.

Österreich-Ungarn. Gesperzt sind: Berchtoldsdorf, Katalau, Lemberg, Pucirce, Nabrejina, Sütth, Budafalás.

Die schwarzen Listen des Verbandes der Steinbruchbesitzer.

Zu „liberaler“ Weise nehmen sich die organisierten Steinbruchbesitzer ihrer Arbeiter an. Der Steinarbeiterverband führt zurzeit eine Reihe von Lohnbewegungen. Die Unternehmer versuchen nun, in einer Anzahl von Orten Lohnverschlechterungen durchzuführen. Die verschiedensten Berichte in dieser Nummer informieren ja darüber.

Es ist eine besondere Gepflogenheit des Verbandes der Steinbruchbesitzer (Sib Berlin), bei Lohnbewegungen schwarze Listen herauszugeben. Kurz vor Redaktionsschluss hat uns ein günstiger Wind ein Anschreiben des genannten Verbandes an seine Mitglieder auf den Tisch geweht; desgleichen eine schwarze Liste, in der die Steinmehnen, welche in der Heuschener schaffen, notiert sind. Das Anschreiben lautet:

Berlin N. 4., den 14. Februar 1914.
Schauffstraße 1.

Die Steinmehnen im Sandsteinrevier Schlesiens (Heuschener) und dem Bunzlauer Gebiet befinden sich in einer Tarifbewegung. Nach bekannter Praxis werden bereits vor Beginn der Verhandlungen zahlreiche Arbeitnehmer, in erster Linie die unverheirateten, von der Organisation abgehoben, um die Kasse bei einem etwa ausbrechenden Streik zu entlasten. Beiliegend übersenden wir Ihnen ein Verzeichnis der zurzeit bei unseren Mitgliedern in der Heuschener, und zwar in Wünschelburg, Mittelsteine, Friedersdorf und Rüders beschäftigten Steinmehnen, nach Anfangsbuchstaben geordnet (diese Liste ist ebenfalls in unserm Befeh. D. Neb.), mit dem Ersuchen, diese bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Auch an einer Reihe anderer Plätze befinden sich die Arbeitnehmer zurzeit in einer Lohnbewegung. Diese Plätze sind bereits zum Teil von der Organisation der Arbeitnehmer gesperrt. Wir ersuchen daher auch unsererseits, Steinarbeiter aus solchen Revieren, in denen Lohnbewegungen bestehen, nicht einzustellen. Gemeldet sind uns folgende Bewegungen: Berlin: Bau-, Marmor- und Denkmalsbranche, Bremen: Bau- und Denkmalsbranche, Sachsen: Sandsteinbranche. Ferner in den Grenzrevieren Niederbayerns, begrenzt durch die Eisenbahnlinien Passau—Regensburg, Regensburg—Schwandorf, Schwandorf—Gries und österreichische Staatsgrenze. Dann bestehen Lohnbewegungen in Stieglitz (Schlesien), Jannowitz (Schlesien), Ketzau, Kirchentamitz, Weichenstadt (Fichtelgebirge).

Nötigenfalls bitten wir, bei uns Rückfrage zu halten.

Hochachtungsvoll

Verband deutscher Steinbruch- und Steinmehngeschäfte.

Der Unternehmerverband hat ja, wie das Anschreiben zeigt, eine schwarze Liste aufgestellt, aus der hervorgeht, daß sie sich ernstlich zum Kampfe rüsten. Bei solchen Zirkularen muß man aber noch verschiedenes durch die Zeilen zu lesen verstehen. Wir betonen nochmals, daß uns im Stieglitzer Gebiet die Unternehmer die Tarife gekündigt haben; es werden uns Verschlechterungen angeboten. Das wird natürlich im Unternehmeranschreiben sein sauberlich verschwiegen. Im Bayrischen Wald wollen die Unternehmer ebenfalls Verschlechterungen durchsetzen. Das alles ist in Berlin genau bekannt, aber man muß doch in Scharfmacherei machen und deshalb müssen solche Tatsachen verschwiegen werden.

Im Fichtelgebirge haben überdies die Unternehmer unsere Leute das Arbeitsverhältnis gekündigt, doch auch ein Beweis, daß ihre „Friedensliebe“ eigenartig bewertet werden muß.

Das Unternehmeranschreiben sowie die schwarzen Listen zeigen uns mit großer Deutlichkeit, daß im heurigen Jahre die Unternehmer bei den Lohnbewegungen uns gegenüber in geschlossener Weise auftreten. Ihre Maßnahmen zeigen, daß Lohnverbesserungen glattweg abgelehnt werden sollen.

Die feinen Pläne, daß ein Teil unserer Mitglieder auf die schwarze Liste kommt, werden den Unternehmern den erhofften Vorteil nicht bringen. Dazu sind die beruflichen Verhältnisse in der Steinindustrie zu sonderbar gelagert.

Der Verband der Steinbruchbesitzer, der sich bei verschiedenen Gelegenheiten gern mit einem sozialpolitischen Mantelchen behing, zeigt mit seinem Vorgehen, daß er den übrigen Scharfmacherverbänden in nichts nachsteht.

Der Tarifvertrag.

IV. Die Bedeutung des Tarifvertrags für Staat, Arbeitgeber, Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Nachdem wir uns über alle Tatsachen der Tarifentwicklung klar geworden sind, können wir mit ruhigem Gewissen ein Urteil über ihren Wert abgeben.

Ich frage zuerst: Hat der Tarifvertrag Bedeutung für den Staat? Ich stehe nicht an, diese Frage zu bejahen. Unsere großen Gesetze des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung sind beides staatliche Einrichtungen. Da muß man fragen, ist der Staat bei diesem Massenbetrieb, bei dieser Fülle mannigfaltiger Neuerungen, bei jeder Wendung der Technik und Wirtschaftsführung heute noch allein imstande, den sozialen Schutzgedanken durchzuführen. Ich glaube, daß dies nicht der Fall ist. Der Staat verlagert oft schon technisch deswegen, weil seine Maschine zu groß und zu schematisch ist; da schmiegt sich in das Gesetz der Arbeitsvertrag als eine neue Rechtsquelle hinein. Er kann den Staat entlasten, ergänzen und in gewissen Fällen die Staatsnorm überflüssig machen, die Arbeitsnormen des Tarifvertrags sind beweglicher und anpassungsfähiger. Denken Sie nur an die Frage: Arbeitsurlaub, Arbeitspausen, Arbeitszeit, Akkorde usw. All dies kann durch einen Tarifvertrag besser geregelt werden als durch ein Staatsgesetz. Wo heute das Gesetz am

vollständigsten sein sollte, ist es am schwierigsten, so daß sich oft geschulte Juristen nicht mehr in ihm zurechtfinden. Da kommt der Tarifvertrag als neue Rechtsquelle, die sich die Beteiligten selbst unmittelbar geschaffen haben. Aber auch in politischer Beziehung hat der Tarifvertrag eine selbständige Bedeutung. Damit irgendwo ein Fortschritt erreicht werden kann, Sonntagsruhe usw., muß der ganze umständliche Weg der Politik beschritten werden. Aber warum müssen wir den umständlichen Weg über die Politik in den Fällen gehen, die ebenso leicht durch die unmittelbare Tätigkeit der Beteiligten erledigt werden können?

Ich sage damit nichts gegen die politischen Bestrebungen im Interesse der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf der notwendigen Ergänzung durch die politische Partei. Soweit aber Fragen herausgenommen sind den direkt Beteiligten selbst überlassen werden können, soll es geschehen. Ich glaube, daß der Gedanke der Fachparlamente, in denen die sozialen und wirtschaftlichen Fragen des Gewerbes auf Grundlage allgemeiner gesetzlicher Ermächtigung durch die Beteiligten selbst erledigt werden können, keine Utopie mehr ist. Ich glaube sogar, daß solche Fachparlamente für die einzelnen Gewerbe — wie wir sie tatsächlich schon in unsern Reichstagsgemeinschaften haben — sehr wohl einmal zu einem sozialen Parlament zusammengefügt werden können, in denen die Grundfragen des Arbeitsverhältnisses, deren Erledigung die Staatsorgane nicht so wirksam vornehmen können, durch die Beteiligten unmittelbar geregelt werden können. Tatsächlich geht die Entwicklung auf immer größere Zentralisierung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände hinaus. Es entstehen gemeinsame Interessen des Arbeitgeber- und Arbeitnehmer. Vielleicht kommt einmal die Zeit, wo diese Interessen in gemeinsamen Veranstaltungen der gedachten Art ihren Ausgleich suchen.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich das selbständige Interesse des Staates an der Pflege der Tarifverträge. Der Staat sollte nicht nur die Tarifentwicklung als Konsument, der Lieferungsverträge mit Betrieben abschließt, sondern auch als Produzent, der Arbeiter beschäftigt, unterstützen. Der Staat sollte aber auch zugleich als Gesetzgeber die Tendenz, des Tarifvertrags allgemeines Gewerbegesetz zu werden fördern. Er sollte Formen schaffen, die es erlauben, daß bestimmte Tarifverträge, die in einem Gewerbe zum größten Teile durchgeführt sind, ganz oder zum Teil, solange der Tarifvertrag besteht, zum Gewerbegesetz erhoben werden können. Damit werden die Quertreibereien der Außenleiter gegen den Tarifvertrag durch den Staat selbst beseitigt.

Wie stehen nun die Arbeitgeber zum Tarifvertrag? Viele sind heute für den Tarifvertrag gewonnen. Manche sogar in so starkem Maße, daß sie Tarifverträge fordern, wo bei der Arbeiterschaft kein besonderes Verlangen danach vorhanden ist. Dahinter stehen aber große und mächtige Arbeitgebergruppen, die nach wie vor den Tarifvertrag ablehnen. Ich erinnere an die Hemmungen, von denen ich in der ersten Stunde gesprochen. Da ist es gut, zu wissen, daß die Bedeutung des Tarifvertrags, besonders für den leistungsfähigen Arbeitgeber eine doppelte ist. Es werden heute oft langfristige Verträge mit den Kunden abgeschlossen. Die Selbstkosten müssen deshalb auf mehrere Jahre im voraus berechnet werden. Da ist es wichtig, feststehende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu haben, nach denen die Berechnung aufgestellt werden kann. Der Unternehmer weiß dann, daß unvorhergesehene Streiks seine Kalkulation nicht umwerfen können.

Aber der Tarifvertrag hat auch noch einen andern Nutzen für den Arbeitgeber. Er dient nicht nur zur Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im eigenen Betrieb, sondern auch in dem der Konkurrenz. Wenn aber alle Betriebe dem gleichen Tarifvertrag unterworfen sind, d. h. gleiche Löhne zahlen müssen, ist die Möglichkeit der Preisunterbietung wenigstens nach einer Richtung hin ausgeschlossen.

Und nun müssen wir zuletzt noch fragen: Was nützt der Tarifvertrag der Arbeiter- und Angestelltenbewegung? Meine, Erachtens vierfaches:

Erstens stärkt der Tarifvertrag die im Arbeitskampfe gewonnenen Errungenschaften für die im Verträge vorgesehene Zeit. Als es noch keinen Tarifvertrag gab, konnte wohl ein Streik siegreich sein, ob aber die Vorteile des Streiks auch blieben, war oft sehr zweifelhaft. Beim Tarifvertrag aber kann sich der Arbeitgeber nicht mehr losagen von dem, was er einmal zugesagt hat.

Zweitens vermindert der Tarifvertrag den Gedanken der Gleichberechtigung bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die sogenannte „konstitutionelle Fabrik“ vermag dieses keineswegs. Sie ist auf dem Arbeiterausdruck aufgebaut, der weiter nichts ist als ein Parlament abhängiger Existenzen. Er ist zu verachten mit einem Parlament, in dem nur Angestellte des Staates sitzen. Wie kann ein solches Parlament eine freie und selbstbewusste Interessensvertretung der Arbeiter sein? Die konstitutionelle Fabrik ist nur eine Form, in die sich die Willkür des Arbeitgebers kleidet. Der Tarifvertrag aber ist auf die Organisation aufgebaut, die unabhängig vom Arbeitgeber ist. Ihr kann nicht gekündigt werden, sie kann allein selbstbewußt fordern und mitbestimmend auftreten.

Drittens schränkt der Tarifvertrag die Willkür des Arbeitgebers in der Behandlung des einzelnen Arbeiters ein. Durch den Tarifvertrag dringt so etwas, wie der Gedanke des

Rechtsstaates, in den Betrieb ein. Der einzelne Arbeiter ist nach den Normen des Tarifvertrags zu behandeln. Jeder Vorarbeiter, jeder Werkmeister, jeder höhere Angestellte und der Unternehmer selbst sind an diese Normen gebunden. Die Verletzung dieser Norm ist Tarifbruch. Hinter dem einzelnen steht der Verband, der diesen Tarifbruch abwehrt. Damit aber gewinnen alle Arbeiter- und Lohnbedingungen etwas Sichtbares, etwas Öffentliches, mit dem der Arbeitgeber rechnen muß.

Und viertens endlich macht der Tarifvertrag Kräfte frei, indem nicht alle Kräfte der Gewerkschaften auf den Kampf eingesetzt werden muß, sondern durch die festgelegten Arbeits- und Lohnbedingungen Ruhepausen schafft, in denen sich die Kräfte sammeln und für neue Aufgaben bereit machen können.

Wenn aber auch diese Vorteile des Tarifvertrags ganz offensichtlich sind, so muß man doch vor einer Ueberschätzung des Tarifvertrags warnen. Der Tarifvertrag ist nicht das alleinige und nicht das höchste Ziel der gewerkschaftlichen Politik. Er ist nur ein Mittel in dem großen Versuch, die Arbeiter- und Angestellten-schichten materiell und geistig zu heben. Für diesen Versuch bildet der Tarifvertrag eine Grundlage, weil er neue Kräfte weckt, aber nicht mehr. Er bedarf der Ergänzung nach folgenden Richtungen hin.

Zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht. Was der Tarifvertrag vermag, ist die Hebung des Nominallohns. Damit ist aber nicht immer ein wirtschaftlicher Gewinn verbunden, denn die Teuerung, die heute auf allen Gebieten herrscht, kann den gewonnenen erhöhten Lohn wieder vollständig auszehren. Darum muß sich die Arbeiter-schicht immer mehr ihrer Bedeutung als Konsument bewußt werden, um durch genossenschaftliche Organisation den Reallohn, d. h. die Kaufkraft des Lohnes zu erhöhen. Wir stehen erst am Anfang dieses Weges. Wir haben die großartige Konsumvereinsbewegung, aber die genossenschaftliche Benutzung derjenigen Mittel, die die Arbeiter-schicht braucht, bietet noch unbegrenzte Möglichkeiten. Was sie leisten kann, beweist in letzter Zeit das große Werk der Volksfürsorge. Neue Gebiete müssen noch erobert werden. Man denke nur an den genossenschaftlichen Ertrag der Abzählungsgeschäfte.

Welch ungeheure Verluste hat die große Masse durch die Methode vieler dieser Geschäfte. Billige, gute Möbel unter kunstgewerblicher Kontrolle, in denen sich ein selbstbewußter Arbeiter-schicht ausdrückt, auf genossenschaftlichem Wege verschafft, ist eine Möglichkeit, die zur Wirklichkeit werden könnte. Heute sieht der Arbeiter unter fremden Möbeln, die einen Geist atmen, der ihm fremd sein muß. Kunstlose Empir-möbel aus aristokratischer Feudalzeit, mit Stuck und schlechtem Holz, umgibt die Arbeiter. Was könnte da noch geschehen. Daselbe gilt von der Wohnungsfrage.

Zu diesen wirtschaftlichen Erwägungen kommt aber noch die Regulierung des Arbeitsmarktes. Wir haben die Freizügigkeit und müssen sie haben. Wir kennen alle das Landarbeiterelend, das die Menschen von den großen Gütern reißt, weil sie dort Untertanen sind und zur Selbstständigkeit nicht aufsteigen können. Aber durch den Zustrom der großen Masse heimatlosen Landvolkes in die Stadt wird der Lohn immer wieder gedrückt. Da ergibt sich die Frage der Agrarreform, die Frage der inneren Kolonisation, die Frage der Anjüngung von Landarbeitern, diese Frage ist auch eine Frage der Lohnpolitik, die darauf angewiesen ist, das Arbeiterangebot zu regulieren.

Dazu kommt, daß die Gewerkschaften sich immer mehr beschaffen müssen, als Selbsterhaltungskörper der großen sozialen Institutionen, die unsre Zeit hat, und nach denen sie noch strebt. Der Tarifvertrag regelt den Arbeitsvertrag, damit ist aber auch seine Tätigkeit erschöpft. Er kann nicht das ganze dunkle Schicksal des Arbeiterelends, das auf den Tarifvertrag angewiesen ist, aufheben. Wir kennen alle dieses schwere Schicksal, das in der völligen Ausichtslosigkeit besteht, zur Selbstständigkeit aufzusteigen, dieses Schicksal, das mit dem wachsenden Alter einen Niedergang anstatt einen Aufstieg und einen ruhigen Abbruch des Lebens bringt. Dieser Gedanke macht die Arbeiter oft trübselig und interesselos, dieses Schicksal nimmt dem lebendigen Menschen die Persönlichkeit.

Hier stehen wir noch vor weiten Gebieten neuer gesellschaftlicher Fürsorge. In den Vordergrund ist heute die Arbeitslosenversicherung getreten. Um sie muß mit aller Energie gekämpft werden, damit zum mindesten der Arbeitslose nicht ins Elend stürzt. Die Bedeutung der Arbeitslosenversicherung besteht aber nicht nur darin, daß der Arbeitslose eine Rente bekommt, sie besteht vor allem in der Rückzahlung, die sie notwendig haben muß. Die Kranken- und Unfallversicherung hat uns zu ganz neuer sozialer Hygiene getrieben, um den Versicherungsfällen vorzubeugen. So muß eine Arbeitslosenversicherung notwendig zu der bestorganisierten Arbeit führen, um die Versorgungsfälle nach Möglichkeit einzuschränken. Diese soziale Rückwirkung wird sich um so höher und wirksamer gestalten, je mehr sich die Gewerkschaften an der Selbstverwaltung dieser Geleise beteiligen können.

Als letztes bleibt die Hebung des Arbeiters als Mensch. Die unabhängigen Berufsvereine liegen heute noch im Kampf mit den gelben Verbänden. Es ist eine Schicksalsfrage für den Charakter und Geist unseres Volkes, ob sie siegreich bleiben werden oder nicht, ob der stolze, selbstbewußte Arbeiter oder der egoistische Büdler der Mensch der Masse wird. Das ist der tiefste Sinn im Streite um das Berufsvereinsprinzip. Die Gewerkschaften werden in dem Maße siegreich bleiben, als sie die Qualität der Menschen, die ihnen angehören, heben. Der Gewerkschafter muß der geborene Qualitätsarbeiter sein. Es muß ein wirtschaftlicher Verlust für den Arbeitgeber sein, wenn er Gelbe anstatt Freie einstellt.

Dieses Geheiß kann der Tarifvertrag allein nicht hervorbringen, er bedarf allseitiger Einwirkung durch die Gewerkschaften. Die Arbeit ist nur von der höchsten Berufszufassung getragen, sondern auch von den Idealen der Bewusstseinsbildung des Menschen ergriffen. Der Fortschritt der Arbeiter- und Angestelltenbewegung wird unanfechtbar sein, wenn sie mit diesem Ideal, mit sich immer heigender Innigkeit der Wille verbindet, praktisch mitzuarbeiten am Aufbau der zu seiner Verwirklichung notwendigen Formen. In diesem gesellschaftlichen und menschlichen Bildungsgang ist der Tarifvertrag nur ein Teil, d. h. immerhin viel, aber nicht alles.

Die Unternehmerverbände in Deutschland.

Erst in den letzten Jahren hat sich die Reichsstatistik über die Zahl der Unternehmer, der Angestellten und der Arbeiter ergötzt. Ueber die Bewegung der Unternehmerverbände unter-

richten die von der Generalkommission herausgegebenen statistischen Tabellen mindestens ebenso sicher, wie die amtlichen Organe, dagegen dürfte es von Interesse sein, einiges über die Unternehmerverbände aus dem amtlichen Material unsern Lesern zur Kenntnis zu bringen. Freilich verhalten sie sich auch den Behörden gegenüber möglichst zugunstmäßig und berichten dementsprechend in mancher Beziehung recht lückenhaft. Immerhin bietet das Gebotene recht interessante Einblicke in die Entwicklungstendenzen der Unternehmerorganisationen.

Mit der Darstellung der Unternehmerverbände befaßt sich die Reichsstatistik erst seit dem Jahre 1909. Auffallend ist die steigende Konzentrationsbewegung, die sich mit jedem Jahre in erhöhtem Maße bemerkbar gemacht hat. Die Entwicklung wird durch nachstehende Uebersicht veranschaulicht:

Anfang	Zahl der Verbände insgesamt	Davon waren		
		Reichsverbände	Landes- oder Bezirksverbände	Ortsverbände
1909	2592	78	402	2117
1910	2613	84	474	2055
1911	2628	98	474	2056
1912	3085	108	461	2516
1913	3431	111	511	2809

Die Zahl der Unternehmerverbände hat sich demnach von 2592 im Jahre 1909 auf 3431 im Jahre 1913 vermehrt, also um 839 oder 32,4 Prozent. Die Ortsverbände vermehren sich noch immer, vor allem durch Neugründungen, daneben ist ein ständiges Streben nach Zusammenschluß erkennbar.

Ueber die Zahl ihrer Mitglieder haben nur zwei Drittel, über die Zahl der bei ihnen beschäftigten Arbeiter nur etwa die Hälfte der befragten Verbände Auskunft gegeben. Soweit Angaben vorliegen und diese ergänzt werden konnten, sind Anfang 1913 rund 145 000 Unternehmer in Unternehmerverbänden vereinigt gewesen. Sie beschäftigten zusammen etwa 4,6 Millionen Arbeiter. 1910 wurden nur 115 000 Mitglieder mit 3,6 Millionen Arbeitern ermittelt. Die größten Unternehmerverbände sind die der Metallindustrie und die des Baugewerbes. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in Berlin zählt 2366 Mitglieder mit 484 000 beschäftigten Arbeitern. Als Beispiel eines Industrieverbands, in dem die Unternehmer der verschiedensten Zweige einer Industriegruppe sich zusammengeschlossen haben, mag der für das Baugewerbe im Juli 1912 gegründete Reichsverband baugewerblicher Arbeitgeberverbände Berlin dienen. Er umfaßt, soweit Angaben vorliegen, 53 264 Mitglieder mit 579 000 Arbeitern. In ihm sind neben dem Deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe vereinigt die Unternehmerverbände der Gipser, Stukkateure, Verputzer, Maler, Klempner, Installateure, Dachbeder, Pfisterer, der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe usw. Den bedeutendsten Fortschritt machte die Konzentrationsbewegung der Unternehmerverbände durch die am 5. April 1913 erfolgte Zusammenlegung des Vereins und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände in die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Berlin“.

Das Statistische Amt hatte Fragebogen herausgegeben, um auch den Umfang und die Tätigkeit der Streikversicherungsgesellschaften der Unternehmerverbände zu ermitteln. Diese Fragebogen, so sagt der Bericht, sind ähnlich wie im Vorjahre, lückenhaft beantwortet worden. Einischließlich der Neugründungen des Jahres 1913 sind dem Statistischen Amt 20 Streikversicherungsgesellschaften bekannt geworden gegen 17 im Vorjahre. Dem „Schutzverbande gegen Streiksäden“, der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, waren 1912: 8 Haupt- und 43 Unterverbände mit zusammen 2592 (1911: 2472) Mitgliedern und 401 000 (1911: 386 000) Arbeitern angeschlossen. Der „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“ gehörten 1912: 8690 Mitglieder mit rund 261 000 (1911: 316 000) Arbeitern an. Die Jahreslohnsumme belief sich bei den Gesellschaften zusammen auf 782 Millionen Mark. Eine zweite Gruppe ist die der rückversichernden Gesellschaften. Die größte davon ist die „Gesellschaft des Gesamtverbands deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeits-einstellungen“. Fast nur sämtliche Streikentwädigungsgesellschaften zusammen, so ergibt sich für 1912 die Gesamtsumme von 32 082 angeschlossenen Mitgliedern mit 1 394 900 (1911: 1 295 665) Arbeitern.

Ueber die „Arbeitgeber“-Arbeitsnachweise besagen die eingegangenen Antworten, daß 1912 261 eigne Arbeitsnachweise von Unternehmerverbänden bestanden, gegen 218 im Jahre 1910. Sie vermittelten zusammen im Jahre 1912 rund 1 308 000 Arbeiter (1910: 900 000). Es braucht hier wohl kaum besonders darauf verwiesen zu werden, daß von einer Vermittlung von Arbeit bei diesen Nachweistellen ernstlich nicht gesprochen werden kann, daß es sich vielmehr um Kontroll- bzw. um Maßregelungsbureaus der Unternehmerverbände handelt.

Für die Steinindustrie speziell werden drei Verbände nachgewiesen, und zwar der Verband deutscher Steinbruch- und Steinmetzgeschäfte (Sitz Berlin) mit 770 Mitgliedern, die 50 000 Arbeiter beschäftigen; weiter kommt in Frage der Verband deutscher Granitwerke, mit dem Sitz in Karlsruhe, der 98 Mitglieder umfaßt mit 4160 Arbeitern, und ferner der Verband deutscher Marmorwerke, mit dem Sitz in Kiefernfelden, mit 15 Mitgliedern. Die Arbeiterzahl ist nicht angegeben.

Soweit die Steinindustrie in Betracht kommt, scheint die statistische Zusammenfassung eine sichere Information nicht zu geben. Eine Reihe von Verbänden der Hartsteinindustrie sind ja gar nicht aufgeführt.

Aber immerhin zeigen die Daten, daß die deutschen Unternehmer am Ausbau ihrer Verbände sehr intensiv arbeiten. In der Gruppe Steine und Erden sind insgesamt 3099 Unternehmer organisiert, die insgesamt 210 360 Arbeiter beschäftigen. Daraus geht hervor, daß wir Arbeiter unermüdet für den Ausbau der Gewerkschaften sorgen müssen.

Der christliche Keramikerverband als Unternehmerstütze.

Im Sommer 1913 zeigten die im Zentralverband der Steinarbeiter (Sitz Leipzig) organisierten Arbeiter der Firma Hartmeyer in Gersdorf (Sachsen) eine Tarifvorlage ein. Die Firma ließ sich auf einen Tarifabschluß unter keinen Umständen ein. Herr Hartmeyer, der in Kormar als Stadtrat fungiert, trat überdies bei den Verhandlungen recht brüt auf. Es kam nun zum Streik, welcher für die Arbeiter leider verloren ging. Die lokalen Führer wurden nicht wieder einmündlich, sie mußten sich außerhalb des Streiks umsehen. Nun leitet die Schwarzen mit der Agitation an, was wenn man ihren Ansagen glauben schenken darf, schlossen sie mit Hartmeyer einen Tarif ab. Der christliche Sekretär Richard Schwarz, in Weiden stationiert, begünstigt nun der Firma Hart-

meyer Arbeiter. Er erklärt unterm 17. Februar 1914 ein Birkular, in dem es heißt:

Weiden, den 17. Februar 1914.

Sehr geehrter Kollege!

Aus den verschiedenen Mitteilungen ersehe ich, daß eine Anzahl Kollegen bereit wären, die Ihnen angebotene Arbeitsgelegenheit im Pflastersteinbetrieb der Firma Hartmeyer zu Kormar im Elbtaun anzunehmen. Einige Kollegen haben aber noch Zweifel. Sie befürchten, es könnten die gemachten Angaben auf Täuschung beruhen, oder sie würden als Streikbrecher angeworben. Zu Ihrer Beruhigung erkläre ich folgendes:

Die Firma Hartmeyer hat vor längerer Zeit die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter entlassen und beschäftigt zurzeit nur christlich gesinnte und christlich organisierte Arbeiter. Sie hat am 4. Januar d. J. mit dem Zentralverband christlicher Keramik- und Steinarbeiter einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeiter verdienen im Winter 7—8 Mk., im Sommer 10—12 Mk. pro Tag (Glaubt dem Schwarz seine Angaben etwa selbst? Redaktion.) Gegenwärtig arbeiten nahezu 150 christlich organisierte Arbeiter im Betriebe.

Unser Verband übernimmt also die Garantie (!), daß die von uns nach dort empfohlenen Arbeiter auch den vereinbarten Lohn erhalten und garantiert auch für den nötigen Schutz derselben. Es ist weder Streik noch Auspörmung gegenwärtig (Wahl Abd.) in dem Betriebe. Ich hoffe nun, daß Sie jetzt beruhigt sind und bitte Sie, mir mitzuteilen, ob Sie bereit sind, in Gersdorf Stellung zu nehmen, und wieviel Kollegen in der dortigen Gegend Lust haben, mitzukommen. Nach Ihrer Mitteilung würde ich mit den verschiedenen Kollegen, die bereits angefragt haben, teils in acht, teils in vierzehn Tagen nach dem Elbtaun zu reisen, den Tag der Abreise als Nürnberg vereinbaren. Die Fahrt nach Weiden, weiter wird bezahlt.

Ihrer freundlichen Mitteilung entgegengehend zeichne mit kollegialen Gruß
Richard Schwarz, Bezirksleiter des Zentralverbands christlicher Keramik- und Steinarbeiter Weiden (Oberpfalz).

In wahrhaft ungenierter Weise treibt hier der christliche Führer Unternehmerverspannung. Die Kollegen, welche die Führung beim vorjährigen Streik hatten, werden nicht eingelassen, sie müssen anderweitig Arbeit und Brot suchen. In der Zentrumsdämone Oberpfalz aber glaubt Schwarz genügend Leute zu finden, welche er dem Unternehmer Hartmeyer in die Arme treiben kann. Zunächst wird verkündet, daß Hartmeyer die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter entlassen hat; und nun können sich die Christlichen dort einmischen. Schwarz versucht bereits in Kormar und Kuba u (Oberpfalz), nach dem Elbtaun Arbeiter anzuwerben. Wenn sich nun die Christlichen rühmen, daß sie in Gersdorf einen Tarif abgeschlossen hätten, so dürfte dieser Abschluß auch dementsprechend einzuschätzen sein. Die Noten streikten, weil ihnen die Firma nicht entgegenkam, und nach Wbruch des Streiks machen sich die Keramiker an die Firma heran. Sie leisten mit ihrem Vorgehen der Firma direkt Helfersdienste.

Kollegen, laßt euch nicht durch den christlichen Sekretär Schwarz an die Firma ausliefern und leuzschneid den p. v. Schwarz als einen Mann, der dem Unternehmer Hartmeyer Vorparandien leistet, damit dieser den nicht zentriemlich gestanten Leuten das Koalitionrecht unterbinden kann. Wenn man dieses Vorgehen von Schwarz betrachtet, dann könnte man eigentlich auf den Gedanken kommen, Schwarz sei Angestellter eines Unternehmerverbands.

Schwarz vermittelt den Firmen gewohnheitsmäßig Arbeiter. Aus Bloß (Oberpfalz) wird uns von einem Steinarbeiter folgende Geschichte:

Die Direktion der Porzellanfabrik Plankenhammer legte vor ungefähr 13 Wochen einen Tarif vor, der große Verschlechterungen für die Arbeiter bedeutete. Selbstverständlich erklärten die Arbeiter, diese Verschlechterungen nicht annehmen zu können. Nun wurde sämtlichen Arbeitern gekündigt mit der Erklärung: wer zu den von der Firma vorgelegten Tarifpreisen arbeiten will, kann weiterarbeiten, was dieselben jedoch bis auf wenige Ausnahmen ablehnten. Die Firma lehnte jede Unterhandlung ab, und so traten die Arbeiter in den Streik, der nun schon 13 Wochen dauert. Die Zentrums-Führung trat sofort auf Seite der Unternehmer. Im Invalentteil wurden Arbeitswillige gesucht. In einer öffentlichen Volksversammlung wurden nun die Christen als Streikbrecheragenten bezichtigt.

Der katholische Oberpfälzische Kurier vom 12. Februar 1914 gibt nun die Arbeitswilligenbeschaffung durch die Christlichen glatt zu. Er schreibt:

Die Firma wendete sich an den Arbeitsnachweis des christlichen Keramik- und Steinarbeiterverbands um 6-7 gelehrte Leute. Die Bezirksleitung dieses Verbands in Weiden untersuchte und prüfte. . . . Als man Einsicht in die Bücher über die Lohnverhältnisse genommen hatte, als man schließlich Garantie für annehmbaren Lohn, dauernde Stellung, Anerkennung der Organisation usw. usw. bereitwilligst zugesagt erhielt, empfahl der Bezirksleiter Schwarz-Weiden solchen Mitgliedern, die arbeitslos sind oder sich verbessern wollen, in Plankenhammer, der ehemaligen Domäne der Noten, Arbeit zu nehmen“.

Die Noten weigerten sich, die Löhne kürzen zu lassen und streikten deshalb, die Christlichen aber ließen der Firma Arbeitswillige. Von einem so schmählichen Verhalten sagen die Sekretäre Srenbel, Baumgart, Schedel usw. den Steinarbeitern nichts. — Die Noten wehren sich gegen Lohnreduktionen, der Keramiksektretär vermittelt bereitwillig Arbeitswillige. — Und das nennen sich Arbeitervertreter.

Steinarbeiter, diese Vorgänge müßt ihr den Christlichen gegenüber in der Agitation dementsprechend ansprechen. — Die Christlichen hätten es sicherlich sehr gern gesehen, daß wir in der Oberpfalz, wo wir für 2500 Mitglieder einen Tarif abgeschlossen haben, in den Streik getreten wären. Nach Beendigung des Kampfes, der sicherlich einen besseren Abschluß nicht gebracht hätte, wären wahrscheinlich, gleich Syonan, die Christen auf dem Schlachtfeld erschienen, um schnellstens für ihre 2-3 Tausend Mitglieder einen Tarif abzuschließen; dann hätte wiederum die christliche Sache einlecken können.

Zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung.

Nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen, namentlich seitens hiesiger Kollegen, hat uns nun der Zentralvorstand eine Vorlage zur Unterstützung arbeitsloser Kollegen unterbreitet. Nachdem der Münchner Verbandsrat 1912 die Arbeitslosenunterstützung im Prinzip beschlossen hatte, war ja den Kollegen aller Branchen genügend Gelegenheit gegeben, sich mit dem Gedanken an eine derartige Unterstützung vertraut zu machen. Deswegen darf ich wohl annehmen, daß die Vorlage im allgemeinen von allen Kollegen mit Genugtuung begrüßt worden ist.

Gerade in der gegenwärtigen Zeit ist diese Frage so ganz besonders aktuell. In allen Parlamenten und in vielen Stadtvorversammlungen werden gegenwärtig von den Vertretern der organisierten Arbeiterschaft zum Teil recht erbitterte Kämpfe für Einführung staatlicher oder wenigstens kommunaler Arbeitslosenversicherung geführt. Bei dem durchwegs reaktionären Anstrich der meisten Regierungen und Stadtvorstellungen hat es aber noch nicht die Weile, sich für uns etwas Ersprießliches zu erwarten. Aber gerade deshalb haben wir um so mehr die Pflicht, Solidarität zu üben und die Opfer untrer Wirtschaftsordnung, soweit es in unserer Kräfte steht, zu unterstützen.

Bei der wirklich geringen finanziellen Belastung, welche die Vorlage bringt, müssen alle Kleinlichen Einwendungen seitens der Kollegen verstummen. Wohl dem, der nicht so oft von dem grauen Geipen der Arbeitslosigkeit gepackt und geschüttelt wird. Doppelt gern muß er seinen Obolus entrichten.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 9.

Sonnabend, den 28. Februar 1914.

18. Jahrgang.

Zum Tarifwesen in der Steinindustrie.

Der kollektive Arbeitsvertrag ist auf dem Wege gewaltiger Entwicklung, ein Stück Sozialismus (!), das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft an der Festlegung von Lohn- und Arbeitsbedingungen hat sich in die Tat umgesetzt. Trotz des hartnäckigen Kampfes gewisser Unternehmerkreise in der „Herr-im-Hause“-Standpunkt allmählich „ad acta“ legt. Unzweifelhaft sind die Fortschritte der modernen Arbeiterbewegung; es können hier schon recht greifbare Erfolge vor Augen geführt werden. Bei einigem Nachdenken wird wohl jeder gewerkschaftlich geschulte Arbeiter die Vorteile des kollektiven (gemeinsamen) gegenüber dem individuellen (persönlichen) Arbeitsvertrag erkennen.

Auch in der Steinindustrie sind die Tarifverträge in herkömmlicher Weise vertreten. Die nächsten Jahre werden voraussichtlich noch eine erhebliche Steigerung bringen, so wohl der größte Teil der gesamten Industrie von dem kollektiven Arbeitsvertrag erfährt wird.

Es hat sich in unserem Beruf, speziell bei der Steinverarbeitung, eine Art Tarifvertrag herausgebildet, den man als „technischen“ bezeichnet.

Über die bestimmte Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter wollen wir keine Worte verlieren; hier gilt das schon oben von dem Tarifvertrag im allgemeinen Gesagte. Es wird aber bald zur dringenden Notwendigkeit, die technischen Tarifverträge in ihrer Entstehung und in ihrer Wirkung, sowohl im geschäftlichen, als im allgemeinen Interesse zu untersuchen und weiterhin beobachtet.

In vielen andern Berufen besteht neben der tariflichen Festlegung der Stundenlöhne eine Tarifierung der Stücklöhne bzw. eine Akkordvereinbarung. Dort werden öfters vorkommende Arbeiten nach einem festgesetzten Preis bezahlt. Der Vorteil des Unternehmers bei diesem Akkordlohn springt deutlich ins Auge. Ein Arbeiter, der außerdem nur ein und dasselbe Stück anfertigt, erlangt hier eine außerordentliche Geschicklichkeit. Er wird mehr leisten, als er ohne Arbeitsteilung und Vorausfestsetzung des Preises zu leisten imstande wäre. Die Rehrseite der Medaille aber ist die Wirkung, die diese Art Arbeitsverhältnisses auf den Arbeiter ausübt. Eine gewaltige Anspannung der Kräfte, eine einseitige Ausbildung bestimmter, monotoner Handgriffe und die dauernde Sorge, den Lohn auf einer gewissen Höhe zu halten, zeitigen den Zustand, den man als Neurasthenie, als moderne Neurose der Produktion bezeichnet. Der Arbeiter ist in seinen besten Jahren schon verbraucht und wird unbarmherzig aus der Industrie abgedrängt. Das ist die Entwicklung des Kapitalismus mit seinen raffinierten Ausbeutungsmethoden, zu denen sich auch diese Sorte Akkordtarife mischbrauchen lassen können, wenn die Arbeiterschaft nicht auf dem Posten ist.

Was sind nun eigentlich diese technischen Tarife und was tun sie in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung zum Ausdruck? — Die Berechnung der Herstellungs- oder Bearbeitungskosten eines jeden vorkommenden Werkstücks nach bestimmten technischen Normen (Flächen und Glieder) und bestimmten Preisen. Sie ermöglichen eine genaue Kalkulation und sind geeignet, eine gewisse Stabilität der Arbeitsverhältnisse und eventuell Submissionsverhältnisse innerhalb der gesamten Branche oder Bezirke herbeizuführen. Sie sind nach der Ansicht vieler Kollegen das System der gerechtesten Entlohnung: „Wo der Zentimeter aufhört, hört der Penny auf.“ Und doch bergen diese technischen Tarife Gefahren in sich, die für die Steinarbeiter recht verhängnisvoll werden können, wenn wir uns nicht heizigen darüber klar werden und Vorkehrungen dagegen treffen. Je früher dies geschieht, desto besser.

Eine Ventilierung dieser Frage könnte vielleicht bei vielen Kollegen eine klare Erkenntnis dessen bringen, was derzeit allgemein als drückend empfunden wird und oft in unerwarteter Form zum Ausdruck kommt. Die Erfahrung lehrt uns, daß bei Erneuerung bestehender technischer Tarife meistens keine großen Aufbesserungen erreicht, wohl aber verschiedene Positionen revidiert und abgeändert werden, die oft Nachteile für die Kollegen bringen. Die Folge davon ist die Notwendigkeit für die Kollegen, die den Tarif beraten und abgeschlossen haben. Trotzdem diese Kollegen zweifellos ihre ganze Kraft und Kenntnisse einsetzen, um Verbesserungen durchzuführen.

Die Schuld an solchen Vorkommnissen liegt meines Erachtens auf anderem Gebiet. Der Unternehmer in der Steinindustrie koalitiert sich immer mehr. Die Auffaugung und Unterdrückung der kleineren Betriebe durch große kapitalistische Gebilde macht sehr merkliche Fortschritte. Diese wiederum verfügen über ein vortrefflich geschultes technisches Personal, und mit diesen Techniken haben wir in der Hauptsache unsere größeren Tarifabschlüsse zu beraten. Daß wir uns trotz unserer praktischen Kenntnisse in solchen, nur einige Stunden oder Tage währenden Beratungen nicht alle Kniffe leisten, ausgedehnten Fachleute durchschauen und vereiteln können, ist wohl jedem klar. Außerdem kommt jenen eine genaue Registrierung aller wichtigen oder bedenklichen Positionen innerhalb der ganzen Tarifperiode zugute. Sie sind jederzeit in der Lage, genau kontrollieren zu können, welche Flächen oder Glieder für den Steinmehrer ihrer Meinung nach zu hoch sind und richten ihr Augenmerk bei der Beratung speziell auf solche Punkte. Mit ihrem entsprechenden Beweismaterial können sie uns dabei stets widerlegen. Dazu kommt, daß die Entwicklung der eingesehten Schiedsgerichte auch nicht zur Besserung beiträgt. Mit Hilfe der unparteiischen Vorsitzenden werden die Arbeiter oft ins Unrecht verurteilt, zur nicht geringen Verbitterung unserer Kollegen.

Dieser Kampf um einzelne Positionen systematisch und erfolgreich von Seiten der Unternehmer jahrelang fortgesetzt, bringt uns unrettbar auf eine schiefte Bahn. Die Tarife werden auf die Dauer so ausgeglichen, daß es für die Kollegen nur unter Aufbietung aller ihrer Kräfte möglich ist, ihren anständigen Lohn zu verdienen.

Nun schließen wir die Tarifverträge doch letzten Endes nicht um ihrer selbst willen, sondern zur korporativen Er-

ringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen ab. Bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedeuten doch auch bessere Lebens- und Existenzbedingungen, kulturelle Hebung, Volkswohlfahrt. Dazu gehört aber vor allen Dingen die Erhaltung unserer Gesundheit, unserer Arbeitskraft. Daß unsere ohnedies miserablen Gesundheitsverhältnisse durch solche Arbeitsmethoden vollständig auf den Hund gebracht werden, wird wohl nicht gut bezweifelt werden können.

Es wird auf die Dauer nicht zu umgehen sein, eine Aenderung in dem System unserer Tarifabschlüsse eintreten zu lassen. Den technischen Spitzindigkeiten der Unternehmervertreter werden unser ehrlicher Wille und unsere praktischen Kenntnisse in der weiteren Entwicklung nicht mehr gewachsen sein (!). Ob dies auf dem Wege der genauesten praktischen Ausprobierung und Festlegung aller Positionen unter zuverlässiger Kontrolle in einem Hauptvertragsmuster geschieht oder durch Berechnungen eines ausgebildeten tüchtigen Tariftechnikers, ist eine Frage, mit deren Lösung wir uns früher oder später beschäftigen müssen.

Damit ist selbstverständlich das Problem nicht erschöpft. Es sollte auch nicht Zweck dieser Zeilen sein, die Materie in allen Einzelheiten zu behandeln, sondern die Diskussion zu eröffnen über Fragen, die für uns anfangen brennend zu werden. Kommt etwas Praktisches dabei heraus, so kann und wird das nur zum Nutzen unserer Kollegen sein.

L. P o t h, Frankfurt a. M.

Aus dem Fichtelgebirge.

Der Steinarbeiterverband hat den bekannten Fichtelgebirgsnormaltarif zum 1. März gekündigt. Direkt beteiligt an diesem Tarif sind die Schleifereien in den Orten: Bernsdorf, Bayreuth, Alsch, Hof, Niederlautsch, Marktkeuthen, Kaiserhammer, Selb, Seuzen, Schwarzenbach an der Saale, Sparned, Bunsiedel und Weizhenst. Indirekt beteiligt sind alle Kollegen in den Granit- und Schleifereien Deutschlands.

Die Ursachen der Kündigung liegen nicht nur in den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen, sondern auch ganz besonders in dem bisherigen Tarifverhältnis begründet. Die Entwicklung der Architektur und die fortschreitende Technik drücken die Löhne der Arbeiterschaft und zwingen sie zu einer stetig wachsenden Mehrleistung, was nicht ohne Einfluß auf die Krankheitsziffer bleibt. Die fortwährende Steigerung aller Gebrauchsartikel, der Wohnungsmieten, direkter und indirekter Steuerlasten, dazu noch der Umstand, daß im Winter die Arbeiter mit der Anfertigung von Borräten nicht mehr beschäftigt werden, all jene Momente bewirken, daß heute der Steinarbeiter in den Granit- und Schleifereien des Fichtelgebirges zu den schlecht entlohntesten aller Berufe zählt.

Dann enthält der bisherige Tarifvertrag Bestimmungen, die „altväterlich“ sind und die unbedingt eine Aenderung erheischen (Werkzeug, Schmiedeschärfe, Schleifmaterial, Maximallohne usw.). Ein geradezu ungeheurer Zustand ist es ferner, daß man dem Arbeiter die volle Verantwortung für das Werkstück während des Arbeitsprozesses aufbürdet. Es passierten Fälle, die jedes menschliche Empfinden vermissen lassen. Wir wollen hier nur einen Fall herausgreifen: Ein Arbeiter verletzte sich beim Transport eines Werkstückes ziemlich stark, dabei wurde das Werkstück beschädigt. Der verletzte Arbeiter erhielt nicht nur keinen Lohn für die geleistete Arbeit, sondern erhielt noch einen Abzug für das Rohmaterial. Den übrigen an dem Transport beteiligten Arbeitern wurden Abzüge in der Höhe des vollen Tagesverdienstes vom Lohne gemacht. Wir können eine Reihe weiterer Fälle hier anführen, die zeigen, daß das Verlangen der Arbeiterschaft auf Beseitigung dieser mittelalterlichen Bestimmungen aus dem Tarif gerechtfertigt ist.

Die bisherigen Verhandlungen führten zu keiner Verständigung, denn die Unternehmer wollen ohne jede nennenswerte Besserung das Tarifverhältnis auf drei weitere Jahre verlängern. Letzteres wird vom Steinarbeiterverband bestimmt abgelehnt. Die Unternehmer sind alle dem Industrieschutzverband (Streitversicherer) angeschlossen und glauben nunmehr dem Verlangen der Arbeiter abzuhelfen gegenüberstehen zu können. Am 21. Februar wurde in sämtlichen Betrieben, nicht nur der Schleifereien, sondern auch zum Teil in der Baubranche, folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Ein neuer Tarifabschluß zwischen den beiderseitigen Verbänden ist dadurch unmöglich gemacht worden, daß uns Forderungen gestellt wurden, die bei dem heutigen Stande der Granit- und Schleiferei-Industrie, wie er schon seit Jahren besteht und eine Besserung über die nicht erwartete läßt, absolut unerfüllbar sind.

Unser Vorschlag, den bisherigen Tarif auf drei Jahre weiter bestehen zu lassen, mit Aufbesserung der Höchststundenslöhne und Herabsetzung der Schmiedeschärfe, wurde von Seiten des Steinarbeiterverbandes verworfen. Wir sehen uns deshalb gezwungen, unsere sämtlichen Arbeiter auf Sonnabend, den 7. März d. J., zu kündigen. Ausgeschlossen von dieser Maßnahme sind diejenigen Arbeiter, welche sich bis längstens Sonnabend, den 28. Februar d. J., durch Einreichung ihres Namens in bereitliegende Listen in unserem Kontor bereit erklären, den bestehenden Tarif auf weitere drei Jahre anzuerkennen.

Vorsichtungsmaßnahme

Verband der Granitindustriellen des Fichtelgebirges.

Wenn während der Kündigungszeit keine Einigung erfolgt, dann ist der Kampf unvermeidlich, der wohl hätte vermieden werden können, wenn mehr Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft vorhanden wäre. Was es mit der „Aufbesserung“ der Höchststundenslöhne und Herabsetzung der Schmiedeschärfe auf sich hat, wird noch später dargelegt werden. Bemerkte sei nur, daß die „Aufbesserung“ gar nichts bedeutet. Nun haben auch in den einzelnen Betrieben einige Kollegen von uns Wohnwohnungen in Miete. Daß nun bei der Kündigung des Arbeitsverhältnisses auch hier die bekannten Vergleichen anfallen, zeigt folgende „Wohnungskündigung“:

Herrn
Bezug nehmend auf die heute erfolgte Arbeitskündigung, so werden wir uns veranlassen, Ihnen die Wohnung per 31. März 1914 zu kündigen und vernichten Sie hiermit auf den Schluß des von uns angeschlagenen Bekanntmachung, nach welchem Sie bis 28. Februar unterjährig erklären, zu den bisherigen Bedingungen weiterzuarbeiten.

Daß diese Wohnungskündigung mit den gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch steht, scheint den betreffenden Unternehmern gar nicht zu kümmern, denn soweit uns bekannt, haben die Kollegen Mietverträge auf vierteljährliche Kündigung. Also auch hier wird mit Wasser gelöscht werden müssen, durch solche Maßnahmen wird nur eine unnötige Schärfe in die Bewegung getragen, die auf die Urheber zurückwirkt. Für die Bewegung kommen circa 1500 Verbandsmitglieder in Betracht, davon werden an 200 von der Kündigung der Wohnwohnungen betroffen.

Auch in Selb hat sich verfloffene Woche ein Vorgang abgespielt, der zeigt, daß bei einzelnen Unternehmern die Kampflust besonders stark zu sein scheint. Der Vorgang wird jedenfalls als Kontaktbruch ausgeschlachtet werden gegen die unzufriedenen Arbeiter; er sei deshalb hier kurz skizziert. In dem Betriebe der Bunsiedeler K.-G. sollten zwei Steinmehrer Nachtschicht machen; die Betroffenen verweigerten es mit dem Hinweis auf ihren körperlichen Zustand. Ferner wird auch bei der Nachtschicht so gut wie gar nichts besonderes verdient, denn die Betroffenen hatten bereits Nachtschicht gemacht und Löhne von 14 bis 17 Mk. pro Woche verdient. Die Verweigerung hat also nach unserem Empfinden durchaus berechtigten Grund. Der Betriebsführer konnte nun den Betroffenen kündigen, daran ließ sich dann nichts ändern; aber er wies denen keine weitere Arbeit an, also sofortige Entlassung. Die Steinarbeiter sind doch keine Knechte, daß so mit ihnen verfahren wird. Die Entlassung empörte die übrigen Arbeiter, daß sie vorstellig wurden und die Weiterbeschäftigung verlangten. Als dieses abgelehnt wurde, verließen sie den Betrieb. Sie vergalteten also Gleiches mit Gleichem. Nachdem nun der Verbandsvertreter die Sache eingereicht hatte und die Kollegen veranlaßt, trotz der Entlassung der beiden Steinmehrer die Kündigungsfrist abzuwarten, hieß es einfach: „Der Betrieb ist vorläufig geschlossen!“

Auch hiermit werden wir uns abfinden. Diese kurzen Darlegungen mögen zur Information dienen. Die Zeichen deuten also auf Sturm; wir sind sicher, daß die beteiligten Kollegen auf die größte Solidarität rechnen können, denn es bestehen im Fichtelgebirge Verhältnisse, die einer solch leistungsfähigen, ja teilweise künstlerischen Arbeiterschaft unwürdig sind. Darum fort damit, mag es biegen oder brechen.

Berliner Situationsbericht.

In zwei äußerst stark besuchten Versammlungen nahm die Kollegenschaft die Antwort der Unternehmer auf ihre Tarifforderungen entgegen. Hellste Entrüstung riefen namentlich die Punkte der Gegenvorlage hervor, welche eine Verschlechterung des bestehenden Verhältnisses bedeuteten. Man erwartete, daß die Unternehmer unserer Hauptforderung, der Verkürzung der Arbeitszeit, auch nur das geringste soziale Verständnis entgegenbringen würden, ja sich bitter enttäuscht. Uebrigens, so versicherten die Unternehmer der Tarifkommission, sei ihr ablehnender Standpunkt in dieser Frage nicht auf soziale Rücksicht zurückzuführen, sondern in der Hauptsache auf ihr Gebundensein an die Beschlüsse des Kartells der Baugewerke. Ob unsere Unternehmer im Verande der Baugewerke auch die Rücksichtnahme auf ihre Natursteinerinteressen finden werden, wenn sie mit denen der Beton- und Kunststeinindustriellen aufeinanderstoßen? Wahrscheinlich hoffen sie das durch die Auslieferung ihrer bisherigen Selbständigkeit an den genannten Verband zu erreichen. Ihr enges Verhältnis mit den Baugewerke hat ihnen wahrlich auch den Mut gegeben, an dem bisher von uns Erreichten zu rütteln, so an der Fahrgehalt- und Fahrzeitentzückung. Den Höhepunkt aber erreichten unsere „tariffreundlichen“ Unternehmer mit der Streichung des Anfangslohnes und der weiteren Staffelung der Löhne für die Anfänger im Schleiferberuf. Daß unser Antrag, die Hilfsarbeiter der Sandsteinbranche in das Tarifverhältnis mit aufzunehmen, abgelehnt wurde, ergibt sich hiernach von selbst. Wo von den Unternehmern keine Verschlechterungen in den einzelnen Teilen der Tarife vorgezogen sind, soll es wie bisher bleiben. Nur im Schrifttauertarif werden einige unwesentliche Verbesserungen zugestanden. Dabei ist es charakteristisch, daß die Unternehmer sich weigern, die Preise für Kunststeininschriften tariflich festzulegen. Wir legten bisher den größten Wert darauf, die Bestimmungen des Sandsteintarifs mit Ausnahme der Akkordpreise einfach auf Kunststeinarbeiten zu übertragen. Das fiel uns durchaus nicht immer leicht, weil eben davon nichts im Tarif stand. Wenn heute die Steinmehrlöhne, zum Teil auch die der Schleifer, in der Kunststeinbranche nicht niedriger, ja zum Teil noch höher als in der Sandsteinbranche sind, so ist das das alleinige Verdienst des Steinarbeiterverbandes. Ohne sein Eintreten wäre die Konkurrenz des Kunststeins gegenüber dem Naturstein noch viel größer. Durch die bloße Ausrichtung des Wortes „Kunststein“ aus dem Tarif ist nichts erreicht. Auch hat ja die Entwicklung über die Zulassung oder Nichtzulassung des Kunststeins (und nicht nur auf dem Papier) längst entschieden. In den meisten Graubesteinbetrieben bilden ja Kunststeinplatten, Glasplatten usw. den Hauptbestandteil des Lagers. Wozu also diese Geizigkeit?

Besonders hoch schlugen die Wellen der Empörung gegen das Unternehmerangebot in der Marmorarbeiterversammlung. Es bedurfte des ganzen Einflusses der Tarifkommission, um nicht etwa weitere Verhandlungen mit den Unternehmern überhaupt scheinbar zu lassen. Die bedrückte Beseitigung der tariflichen Anfängerlöhne würde, wenn wir dem zustimmen, der Preisgabe unserer Schleiferlöhne überhaupt gleichkommen. Das könnte den Unternehmern so passen — den Damen, welcher eine Heberhöhung des Schleiferberufs mit den billigen Arbeitströgen bisher verhütete, einfach niederzurücken. Dabei hätten sie nicht einmal einen dauernden Nutzen davon. Die gegenwärtige Konkurrenz bliebe genau dieselbe, die Preise für Marmorwaren würden fallen, der Unternehmerprofit würde hierdurch eine Steigerung nicht erfahren, eine Arbeiterkategorie aber wäre in ihren Erwerbsverhältnissen ganz bedeutend herabgedrückt. Daß sich das die Arbeiter nicht bieten lassen, ist selbstverständlich. Und sollen die Marmorarbeiter etwa auf bisher erhaltene Fahrgehalt- und Fahrzeitentzückungen

Es ein zwingender Grund ist auch die Tatsache zu betrachten, daß bei verschiedenen Systemen städtischer Arbeitslosenunterstützung nur ein Zuschuß zu den Leistungen der Berufsverbände gewährt wird. Die Arbeiter, die nun einem Verband angehören, der keine Arbeitslosenunterstützung zahlt, gehen dann leer aus. Es ist dies wohl schon Grund genug, überall auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung hinzuwirken.

Doch nun zur Vorlage selbst. Die Redaktion gibt in Nr. 7 des „Steinarbeiter“ der Bestätigung Ausdruck, daß vor allem Erwägungen wegen der geringen Höhe der Unterstützungssätze kommen werden. Ich sage, für 10 Pfg. die Woche ist ja auch wahrhaftig nicht viel mehr zu verlangen. Und die Verbände, die sich gleich mit ziemlich hohen Sätzen in den verschiedenen Unterstützungszweigen festgelegt haben, müßten sehr billige Erfahrungen machen. Ich möchte hier nur an den Tabalarbeiterverband erinnern. Und das wird wohl kein Kollege wünschen, daß durch irgendwelche soziale Unterstüngen der gewerkschaftliche Aktionsradius unseres Verbands beeinträchtigt wird. Der Kampfcharakter muß unserer Gewerkschaft unter allen Umständen erhalten bleiben. Ich befinde mich da in Uebereinstimmung mit sehr vielen Kollegen, daß gerade in diesem Punkte etwas mehr Feuer auf Seiten des Zentralvorstandes nicht schaden könnte. Auf der andern Seite haben aber die Schärfermacher im Unternehmertum nur Respekt vor gestülften Kassen.

Ist der Zentralvorstand bei seiner, ich will mal sagen Rentabilitätsberechnung mit der nötigen Vorsicht zu Werke gegangen, und ist bestrebt das nicht, so ist später immer noch Gelegenheit, die Unterstützung besser auszubauen. Aber erst müssen wir mal sehen, wie der Hofe läuft und uns verschiedene Erfahrungen sammeln.

Wenn ich nun dem Zahlenwert in der Vorlage kritisch zu Leibe gehen wollte, müßte ich die statistischen Unterlagen zur Hand haben, auf welchen der Zentralvorstand die ganze Vorlage aufgebaut hat. Ueber diese verfüge ich aber leider nicht und kann deshalb in nähere Untersuchungen nicht eintreten. Doch das ist auch Sache des Verbandstages, und die Delegierten können sich dort näher mit dem Material vertraut machen. Es wird sich ja dann zeigen, ob event. noch Verbesserungen hineinbringen sind.

Als ein Fortschritt erscheint es mir, daß die Krankenunterstützung auf eine Mark pro Tag erhöht wird; dagegen muß ich feststellen, daß die zehrende Kollegen sehr schlecht abschneiden. Hier muß der Verbandstag doch sehen, daß eine bessere Lösung gefunden wird. Es war bisher Tradition bei den Steinarbeitern, daß die reisenden Kollegen wenigstens eintragsmäßig gut unterstützt wurden. Soll mit diesem alten guten Brauch gebrochen werden? Der Sprung von 26 Wochen Karenzzeit auf 52 Wochen und von 60 M. Höchstunterstützung hinunter auf 38 M. ist mir denn doch ein bißchen zu riskant. Man bedenke doch, daß von den fremden Kollegen immer verlangt wird, daß sie bei Arbeitsmangel, Streik usw. abreisen und den örtlichen Arbeitsmarkt entlasten sollen. Da muß man sie doch auf der andern Seite auch entschädigen, um nicht ungerecht zu sein. Ein Beispiel: Bei einem Streik ist ein Kollege moralisch gezwungen, abzureisen. Dann der schwarze Witten erhält er nirgends Arbeit und ist in wenigen Wochen ausgesteuert. Im darauffolgenden Winter wird er wieder arbeitslos, bekommt nun aber, weil er im Sommer die Streikliste entlastete, keine Arbeitslosenunterstützung. Die Kollegen dagegen, die beim Streik nicht abreisten, belamen ihre Streikunterstützung und können nun bei Arbeitslosigkeit noch mindestens 36 M. beziehen. Das ist ein trauriger Widerspruch, der auf jeden Fall beseitigt werden muß.

Die Bestimmungen, daß jedes Mitglied jährlich 52 volle Wochenbeiträge leisten muß, wird sich schwerlich umgehen lassen, denn auf einer sicheren Grundlage muß das Gebäude errichtet werden. Bei gutem Willen ist aber auch diese Klippe zu umschiffen. Es muß eben in den Zahlstellen bei Festsetzung des Ortsbeitrages dafür Sorge getragen werden, daß ein gewisser Fonds geschaffen wird, aus welchem die Beiträge für ausgesetzene Erwerbslose bezahlt werden.

In sehr vielen Zahlstellen wird, glaube ich, schon der Betrag von vierteljährlich 10 Pfg. genügen, um gut auszukommen. Zahlstellen dagegen, die mit viel arbeitslosen Mitgliedern zu rechnen haben, müssen schließlich für diesen Zweck 5 Pfg. pro Woche erheben. Mit den dabei gewonnenen Summen ist schon etwas zu machen. Zudem liegt doch die Sache auch noch so, daß die Mitglieder, wenn sie wissen, daß sie auch mal etwas holen können, ganz gern diesen Winter mehr bezahlen. Ein gangbarer Weg findet sich also schon, um Härten Einzelnen gegenüber zu vermeiden. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Und nun zu den etwaigen Bedenken der auf dem Lande lebenden Kollegen, speziell der Granitarbeiter. Die letzten Jahre haben sie gezeigt, daß auch die Granitarbeiter mit Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Gar nicht so selten war im „Steinarbeiter“ zu lesen, daß hier und da in den Harzgebirgen Entlassungen wegen Arbeitsmangels vorkamen. Die davon betroffenen Kollegen hätten sich dann ganz gewiß auch gern wöchentlich 8 M. geholt. Es soll ja gar nicht abgelehnt werden, daß die Kollegen in der Großstadt mehr unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben als in den ländlichen Bezirken. Aber Kollegen, wenn nun auch wirklich so ein Großstädter einmal etwas mehr bezieht, gönnt ihnen die paar Marker. Sie haben sonst keinerlei Aussicht auf irgendwelchen Erwerb, und in rein ländlichen Bezirken liegt es doch noch etwas besser. Macht euch nicht gemein mit den antilettischen und konservativen Dresdener Stadtältern, die die Bauarbeiter einfach vom Besatz der paar Mark städtischer Unterstützung ausschließen mit der famosen Begründung: Ein Bauarbeiter (wir gehören auch zu denselben) ist als Saisonarbeiter schon daran gewöhnt, im Winter feiern zu müssen und hat sich insulgedessen danach zu richten. Mit andern Worten, er ist das Hungertier gewöhnt. Eine wunderbare Logik. Der Arbeiter aus der Metall-, Holz- oder dergleichen Industrie, der schließlich nur in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges aus der Arbeit kommt, wird unterstützt, während der arme Teufel, der das Pech hat, schließlich jeden Winter arbeitslos zu werden, nichts bekommt. Weil er daran gewöhnt ist.

Die Vorlage des Zentralvorstandes ist ja auch überdies so zusammengestellt, daß keinem Arbeitslosen die Räume in den Himmel wachsen.

Also Kollegen, macht euch frei von allen Vorurteilen. Aus den vorher angeführten Gründen muß ein jeder sich mit der Arbeitslosenunterstützung befassen können, zumal die finanzielle Beanspruchung wirklich gering ist. In einer Zeit, wo alle Verbände, die mit ähnlichen Verhältnissen zu rechnen haben wie wir, die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben oder einführen wollen, darf der Steinarbeiterverband nicht abseits stehen. Mann für Mann müssen die delegierten Harzsteinarbeiter für die Arbeitslosenunterstützung eintreten und einstimmig muß dieselbe angenommen werden. Damit würde der Verbandstag dokumentieren, daß er die dringendste soziale Frage unserer Zeit voll erfüllt hat. Deshalb, Kollegen, werdet euch klar darüber, daß die Arbeitslosenunterstützung zur Notwendigkeit geworden ist. Werdet Anhänger dieser wichtigen sozialen Einrichtung. Zu eurem Wohl und zum Wohl des gesamten Verbandes. Einer für alle, alle für einen.

Dresden. Willn Mühl.

Ich hätte auch etliche Zeilen zu schreiben über die Erwerbslosenunterstützung, und zwar könnte dieselbe schon längst eingeführt sein. Da wird aber gerade schon jahrelang herumgestritten, als wie mit der Krankenunterstützung. Da hatte auch die Zentralleitung immer Angst, die Verbände gingen zugrunde; aber sie hat jetzt erfahren, daß das Gegenteil eintritt. Die Zentralleitung macht überhaupt überall zu viel den Hemmschuh. Ich glaube, wenn der Bauarbeiterverband die Arbeitslosenunterstützung noch nicht eingeführt hätte, so wäre es unserer Zentralleitung auch noch nicht eingefallen, diese Unterstützung einzuführen. Ich meine doch, der Verband wäre dazu da, um noch einen besseren Fortschritt zu bekommen und um das soziale Elend zu beseitigen. Darum sage ich mir, daß die Zusammenlegung der Erwerbslosen- und Krankenunterstützung durch die Zentralleitung nicht richtig ist. Ich sehe auf dem Standpunkte, daß wir uns verbessern und nicht verschlechtern

wollen, denn wenn ein Kollege arbeitslos ist, so ist es ihm unmöglich, die vollen Beiträge zu bezahlen. Darum bin ich der Meinung, daß wir die Erwerbslosenunterstützung beibehalten.

Ich bin weiter der Meinung, wenn ein Kollege in Arbeit steht, kann er auch ganz gut 20 Pfg. mehr bezahlen, und meine deshalb, es wäre besser, wenn die Krankenunterstützung für sich und die Arbeitslosenunterstützung für sich getrennt würde.

Seitdem der Aufruf zum Streik ist, kann man sagen, daß man überhaupt nicht mehr auf längere Arbeit rechnen kann, denn der Sandsteinnach kann sich bald zu den Gelegenheitsarbeitern rechnen. Mit den Marmorarbeitern geht es nicht viel besser. In den Marmorwerken, wo früher 10 bis 12 Häuser gestanden haben, werden nur noch 2 bis 3 Häuser beschäftigt. Darum rufe ich den Marmorarbeitern zu, für die Arbeitslosenunterstützung zu stimmen.

Auch wäre es besser, wenn wir uns dem Bauarbeiterverband anschließen würden.

E. K., Mainz.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

- Als Delegierte zum Verbandstag sind vorgeschlagen im
- 2. Wahlkreis: Martens-Bischof.
 - 3. " Heiningen-Bunzlau; Richter-Bunzlau.
 - 14. " Wagner-Kamenz.
 - 15. " Panisch-Panitzsch.
 - 22. " Kern-Durzen; Pfeiffer-Durzen.
 - 26. " Albrecht-Wagdeburg.
 - 32. " Lehmann-Gesekirchen.
 - 37. " Ostermann-Frier.
 - 38. " Roth-Frankfurt a. M.
 - 39. " Ringelstein-Kaiserlautern.
 - 50. " Fischer-Bayreuth.
 - 51. " Bentz-Floß.
 - 53. " Anton Reibberger-Büchberg.
 - 60. " Künzel-Büchberg.

Der Steinarbeiter Joseph Wimmer, geb. am 3. Juli 1866 in Klehnen (Verb.-Nr. 23009), jurzt in Hornberg, ist wegen Schädigung der Verbandsinteressen ausgeschlossen worden.

In Blankenberg wurde der Steinmetz Erwin Hallermeier, geb. den 19. Januar 1865 zu Niedereubing (Verb.-Nr. 21841), aus dem Verbanne ausgeschlossen.

In Zwingenberg wurden die Pfisterer Wilhelm Jäger, Anton Zuberob und Peter Nickel II ebenfalls aus dem Verbanne ausgeschlossen.

Sämtliche Ausgeschlossenen haben gegen den § 2, Absatz 5 des Statuts protestiert.

Korrespondenzen.

Esfurt. Am 20. Februar fand eine außergewöhnliche Versammlung statt. Dieselbe mußte einberufen werden, da auf dem Werkplatz C. L. Merkel Nachf. die Kollegen letzte Woche fortwährend vom Meister Hartmann angebroht wurden, die Kündigung des Tarifs anzunehmen, widrigenfalls er einen größeren hiesigen Kalksteinbau nach auswärts geben würde. Auch erklärte derselbe Klop und Kar, sich auf keine Unterhandlungen einzulassen, außer mit seinen Leuten. Es wurde nun in der Versammlung beschlossen, dem Meister Hartmann den Bescheid zu geben, daß den Unternehmern jederseits die Tarifkommission zur Verfügung steht, falls dieselben gewillt sind, mit uns zu verhandeln. Auch wurde es kritisch abgelehnt, auf den einzelnen Plätzen zu verhandeln. Dann wurde noch beschlossen, unsere nächste ordentliche Versammlung am Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, im Zivoli abzuhalten. Dies mögen die Esfurter Kollegen beherzigen und pünktlich und vollständig erscheinen.

Eisen (Hulst). Am 15. Februar fand hier eine Versammlung statt, welche höchst besucht war. Auf der Tagesordnung stand die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Das Referat hielt der Gewerkschaftsleiter Hermann. Die Versammlung begrüßte die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, hielt aber die Unterstützungssätze viel zu gering. Kollege Zülke wurde alsdann zur Gaulekonferenz nach Mayen gewählt. Weiter wurde beschlossen, für einen schon länger Kranken Kollegen eine Sammelhilfe auszugeben. Dies Verhalten des Kollegen Emil Müller aus Wiesbaden wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Er war aufgefordert worden, seinen rückständigen Lohn bei der Firma Küber einzulösen, reiste aber ohne weiteres ab.

Kamenz (Lauß). Am 15. Februar fand im Gasthaus zur Eisenbahn in Wiesa unsere Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Robert Köpfer einen Vortrag über die Volkswirtschaft. Die Kollegen folgten mit größter Aufmerksamkeit seinen Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Beim nächsten Punkt wurde das verlangte Flugblatt, welches am 10. Februar vom Christlichen Keramikarbeiterverband verbreitet wurde, einer scharfen Kritik unterzogen. Die Interessen für uns kann nur der Steinarbeiterverband (Stk Leipzig) vertreten. Baumgart will eine Versammlung im Gasthaus zum deutschen Kaiser in Wiesa abhalten. In welchem Tage, weiß er selbst noch nicht, weil er zu viel (!) mit Versammlungen belastet ist. Die Kollegen wissen, daß unsere Führer geschickt operieren haben. Der christliche Baumgart blamierte sich ja schon beim ersten Auftreten, da er nicht einmal das richtig nachzulesen konnte, was einer unserer Redner ausgeführt hatte. — Die Christlichen kommen hier auf keinen grünen Zweig; ihre Differenzen mit dem Papst und den Bischöfen verschweigen sie. Die evangelischen gestimmten Steinarbeiter lassen sich in keinen Zentrumverband hineinlösen. In die größeren Betriebe ist er mit seinen Vorgesetzten gar nicht gekommen; er wird wohl seine Gründe dazu gehabt haben. Er glaubt eben in den abgelegenen Winkeln noch auf die Unerschrockenheit einiger rechnen zu können. Aber es ist nichts für ihn zu holen, das beweisen die Neuaufnahmen, bei uns, die mir im 1. Quartal 1914 in Kamenz gemacht haben. Wir haben in diesem Jahre über 30 Kollegen gewonnen, zum Vergleich des Baumgart. Er mag nur nach Wiesa kommen, da wird ihm, der mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße steht, schon die richtige Antwort auf sein Werden. Weiter wurde Stellung genommen zum nächsten Verbandstag. Als Kandidat für den 14. Kreis (Kamenz-Königsbrunn) wurde Kollege Wagner vorgeschlagen. In der Hand des „Steinarbeiter“ wurde vom Vorstandes die Einführung der Arbeitslosenunterstützung erklärt. Es entspann sich eine längere Aussprache darüber. Die Kollegen begrüßten wohl die Einführung derselben, doch aber nicht den Befehl der Erwerbslosenunterstützung. Die Erhöhung des Krankengeldes wünschten wir ebenfalls, da doch dadurch unsere Kollegen, welche wenig mit Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, auch einen Nutzen von der Beitragserhöhung haben. Eine rege Debatte entspann sich dann noch über die Lage der Kollegen im Grünsteiner Wiesa.

Koblenz. Unsere Monatsversammlung fand am 12. Februar statt. Dieselbe war verhältnismäßig gut besucht. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Tarifkündigung; 2. Verschiedenes. Kollege Karst forderte die Anwesenden auf, sich auszuprobieren, ob unter den obwaltenden Verhältnissen hier am Orte eine für uns erfolgreiche Kündigung des Tarifs stattfinden kann. Kollege Rastor vom Werkplatz S. Rastor ist der Meinung, daß bei dem gegenwärtigen Mangel an Arbeit zurzeit an eine erfolgreiche Kündigung nicht zu denken sei. Für die hiesigen Kollegen ist kaum Arbeit vorhanden. Es wurde beschlossen, noch einmal eine Versammlung einzuberufen, vielleicht kommen dann die Differenzen ebenfalls. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, uns dem hiesigen Gewerkschaftskartell anzuschließen. Kollege Rastor stellte noch den Antrag, bei der nächsten Versammlung sämtliche Mittelbesitzer zu revidieren zwecks Feststellung der Revidenten. Günstig können wir hier doch noch etwas herausheulen. Kollegen, seid einig, die Zeit ist sehr ernst.

Kahr. Am 8. Februar tagte unsere Generalversammlung im Vereinslokal am wilden Mann. Der Kassierer Konrad Auser gab den Quartals-, sowie den Jahresbericht bekannt. Die Bücher und Rezepte wurden von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden. Der Vorsitzende lobt die peinliche Anwesenheit des Kas-

siereis und wird demselben von der Versammlung Entlastung erteilt. Bei den Vorstandswahlen wird der bisherige Vorsitzende August Keller einstimmig wiedergewählt, desgleichen der bewährte Kassierer Konrad Auser. Bei der Wiederwahl des bisherigen Schriftführers Nikolaus Nulle bedurfte es der ganzen Bereitschaft einzelner Kollegen, die einstimmige Wiederwahl anzunehmen. Im Verschiedenen wird bekannt gegeben, daß die Kollegen vom Steinbruch Müller die Arbeit niedergelegt haben, weil die dort zu machenden Mollons zu schlecht bezahlt wurden. Nach langer Debatte wurde beschlossen, von allen Unternehmern einen einseitigen Preis für geputzte und für Bossen-Mollons zu verlangen und diese Forderung den Meistern schriftlich zu stellen, was dann auch geschah. — Nachdem noch eine Neuaufnahme gemacht war, richtete der Vorsitzende noch einige ermunternde Worte an die Versammlung. — In dem nun zurzeit hier keine Steinmehlgewerke ausgeführt werden und die Meister sich den Forderungen für Mollons gegenüber ablehnend verhalten, so ersuchen wir, Jung von Steinmehlgewerke und Steinrichtern fernhalten zu wollen.

Leipzig II. Am 10. Februar fand die diesjährige Hauptversammlung statt. Den Rapportbericht erstattete Kollege Lilo. Die Revisoren bestätigten, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung seien. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Hübner bekanntgegeben. Hierauf fand die Wahl des Vorstandes statt. Gewählt wurden folgende Kollegen: Vorsitzender Caspari, Kassierer Lilo, Schriftführer Frenz, Revisoren Schubert und Hübner. Zum Kartelldelegierten wurde Kollege Schmidt und zur Schiedskommission die Kollegen Fischer und Sieber gewählt. In Gewerkschaftlichen wurden die Mitglieder bei der Firma Gebr. Böhmer scharf gewiß. Diese Firma hat bei kurzer Zeit Lageeinstellung eingeführt, jedoch will diese für die älteren Schleifer den tariflichen Lohn nicht zahlen. Die Kollegen, die daran beteiligt sind, sollen der Firma bekanntgeben, daß sie laut Tarif den festgelegten Lohn zu zahlen hat. Sollte dies nicht von Erfolg gekrönt sein, so soll die Schiedskommission vorstellig werden.

Metten (Bayrischer Wald). Die Lage der hiesigen Steinarbeiter ist keine beneidenswerte. In diesem Winter wurde dieselbe noch verschärft durch die große andauernde Kälte. Während in Obermetten bei der Firma Brebet der Betrieb eingestellt wurde, ist man in Metten dazu übergegangen, für die Tagelöhnerarbeit halbe Schichten einzuführen. Das machte sich logischerweise auch auf die Arbeiter sehr fühlbar, und der Verdienst war demzufolge sehr gering. So verdienten bei einer größeren Firma 7 Arbeiter, welche auch bei der strengsten Kälte die ganze Arbeitszeit ausnützten, zusammen 485 M. (in 14 Tagen). Von den 7 Arbeitern waren 5 verheiratet und 2 ledig. Daß einige Unternehmer die Situation wirklich ausnützten und es an häßlichen Bemerkungen nicht fehlen ließen, sei nur nebenbei erwähnt. Für die Kollegen des Bayrischen Waldes ist dies ein Beweis, daß auch die Granitarbeiter immer mehr zu Saisonarbeitern werden. Und mehr und mehr wird es zur Klagenphrase, wenn die Unternehmer bei den Tarifunterhandlungen immer erklären, daß sie ihre Arbeiter auch im Winter beschäftigen. Wir werden dieses Moment bei den diesjährigen Unterhandlungen zu würdigen wissen.

Obernieding. Am 7. Februar fand die ordentliche Generalversammlung statt. Die Tagesordnung war eine sehr reichhaltige. Zum 1. Punkt erstattete der Kassierer den Rapportbericht, der eine Einnahme von 448.54 M. und eine Ausgabe von 267.87 M. ergab, so daß der Zahlstelle ein Bestand von 180.67 M. verbleibt. In einem Rückblick auf das vergangene Jahr legte der Vorsitzende den Kollegen die Entwicklung der Zahlstelle dar. Die Gesamtsumme betrug 892 M., also mehr als das Doppelte des Jahres 1912. Damit bleiben wir nur wenig hinter der christlichen Obergaffaktion zurück. Zum Punkt Neuwahl wurde der Vorsitzende, Kassierer und Schriftführer wiedergewählt. Als Beisitzer wurden die Kollegen Siebenbach und Neulsterz, als Revisoren Palm und Schill gewählt. Zur Gaulekonferenz werden die Kollegen Hanf und Müller entsandt. Der Arbeitslosenunterstützungsvorlage des Zentralvorstandes wurde im allgemeinen zugestimmt. Es wurde jedoch von einigen Kollegen die Befürchtung ausgesprochen, die Lust auf auswärtigen Werkplätzen Arbeit zu suchen, würde dadurch herabgemindert. Es mag dies ja auch auf den einen oder anderen ledigen Kollegen zutreffen, der lieber hier arbeitslos herumläuft, als sich in der Fremde sein Geld zu verdienen. Bemerkt wurde noch, daß die Christlichen an unsre Kollegen herantreten mit der Aufforderung, überzutreten, sonst würden sie nicht nach Tarif bezahlt. Kollege Wagner legte den Kollegen nahe, sich darum keine Gedanken zu machen, da die Verbesserungen keine berartig großen wären und die Unternehmer auch nicht zweierlei Preise einführen könnten. Diese Laune ist natürlich irreführend, die Zenträmter wollen bloß Mitglieder kapten. Zuerst rühmen sich die Herren mit ihren Tarifen und nun ist ihnen Angst wegen der Tarifdurchführung. Beim Verhandeln selbst haben die Herren recht geheimnisvoll getan und sehr scheuen sie einzugehen, daß sie ohne unsre Hilfe nicht auskommen. Wir agitieren in Zukunft intensiv für unseren Verband weiter. Neben die Verbesserung wird von den Gegnern das größte Stillschweigen beobachtet, nur daß man mal ab und zu hört, es wären — man höre und laune — 10,3 Prozent. Das ist natürlich eine enorme Übertreibung. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, auch in diesem Jahre treu zum Verband zu stehen und an dem Ausbau der Zahlstelle mitzuwirken. Die Versammlung hat erneut den Beweis erbracht, daß der Zentralverband der Steinarbeiter sich in Obernieding eine feste Position erobert hat und nicht mehr mit leeren Phrasen zugetrieben werden kann.

Stadtproleten. In Nr. 7 des „Steinarbeiter“ lesen wir: Die Stellungnahme des Hauptvorstandes zur Erwerbslosenunterstützung. Daß die Erwerbslosenunterstützung nicht mehr länger zurückzustellen ist, das beweisen viel Argumente. Im Material herrschen gegenwärtig Zustände, welche wirklich als ganz erbärmlich bezeichnet werden müssen. Treiben nicht sämtliche Unternehmer, soweit sie in verschiedenen Orten Arbeitsplätze haben, die reinste „Verschiebungspolitik“ mit ihrer Arbeit. Wird nicht die Arbeit, wenn die Leute fortzeln ihren tariflich untergeordneten Kilometertarif verlangen, förmlich verschleppt und verschoben in andre Betriebe, um nur so künstlich sämtliche Arbeiten so billig als möglich unter dem Tarif herzustellen zu bekommen? Nun zum eigentlichen Thema und zur Leistung sowie zum Unterstützungssatz. In Vorschlag sind gebracht 1. eine Beitragserhöhung von 10 Pfg. wöchentlich, 2. müßten 52 Wochen voll geleistet werden. Kollegen, es ist Tatsache, daß bisher im ganzen Maintal — durch die eigenartigen Verhältnisse — geradezu ein Unfug mit dem Zehner-Wappel getrieben wurde. Schon um diesen Unfug abzuschaffen, ist es gut, wenn eine Verminderung eintritt. Nun soll bei einer wöchentlichen Beitragserhöhung von 10 Pfennig und 52 Wochen voll im Jahre eine Leistung von täglich 1 M. erfolgen. Daß diese Leistung sich gegenseitig gut ausgleicht, ist ja ganz richtig und ist Schreiber dieses der Ueberzeugung, daß nicht viel mehr geleistet werden kann. Aber für ganz unhaltbar hält derselbe die Karenzzeit nach dem vollstehenden Beitrag; da soll der Kollege wieder 52 Wochen Karenzzeit haben. Das ist bei den heutigen geschäftlichen Verhältnissen ganz unmöglich, indem doch die meisten Kollegen jedes Jahr eine Zeitlang arbeitslos werden. Also hier müßten sich sämtliche Zahlstellen des Maintals und auch andre dagegen ansprechen und ihren Delegierten mit zum Verbandstag anheim geben, dahin zu wirken, daß dieser Passus unbedingt abgeändert wird. Sollte die Berechnung ergeben, daß man mit geringeren Leistungen nicht auskommt, so soll der Beitrag noch etwas erhöht werden. Die Beiträge, wie die Maintalunterstützung von der Zentrale gehören, wenn diese Einführung durchgeführt wird, unter allen Umständen abgelehnt.

Weidenstadt. Am 17. Februar fand bei Herrn Fritz Jahn eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Ueber die Lohnbewegung berichtete Kollege Müller in klarer und sachlicher Weise. Er gab auch die Antwort der Herren Unternehmer bekannt, was sie uns für Angehörige meinten. Hierüber herrschte eine Entrüstung, wie noch nie zuvor. Dann wurde der Antrag angenommen, von der Zahlstelle einen Kandidaten zum Verbandstag aufzustellen. Als

folcher wurde Christian Müller vorgeschlagen. Neben dem Punkt: Erwerbslosenunterstützung erklärte sich die Versammlung mit der Bekanntgabe in Nr. 7 des „Steinbrücker“ unter keinen Umständen einverstanden. Die Diskussion hierüber war eine ausgiebige. Ein diesbezüglicher Antrag, welcher einstimmig angenommen wurde, soll an den Zentralvorstand einreichen werden. Ein weiterer Antrag betraf die Plastikverträge auf Wertplatz Grahna. Dort wurde ein Zwangs als solcher gewählt. Einige Zeitler wollten dies nicht anerkennen und ihren eigenen Majjierer haben. Die Versammlung befahte sich damit und beschloß, daß der Beschluß zu gelten hat.

Würzburg. Durch die Neueinrichtung der Gaukommission war auch von der Zahlstelle Würzburg die Neuwahl eines Gaukommissionsmitgliedes nötig. Dasselbe wurde in einer am 8. Februar stattgefundenen Versammlung betitelt und Kollege Voss einstimmig als Gaukommissionsmitglied gewählt. Der Vorliegende Müller erwähnte die Kollegen, die Anmeldebüro nach den Zugängen vorzunehmen, da die Kollegen die Konsequenzen selbst zu tragen hätten. Wie in den meisten Versammlungen, so konnte man auch diesmal bemerken, daß gerade die Kollegen, die in Würzburg anwesend sind, unsere Versammlungen abholen kein Verständnis entgegenbringen, obwohl es wahrlich kein großes Spiel wäre, alle 3 Wochen einmal etliche Stunden seiner Gewerkschaft und seinem eigenen Interesse zu widmen. Zum Schluß der Versammlung tadelte Kollege Müller noch einen Teil der Zwischentrager. Möge doch jeder Kollege bedenken, daß durch solche Vorkommnisse keine Person nicht in der Achtung steht, sondern von jenen Kollegen ein verdientes Sprichwort in Anwendung gebracht werden wird.

Rundschau.

Der rote Rauman. In welcher Weise in der „Grüßlichen“ Gewerkschaftspraxis mit dem roten Vapen geschwenkt wird, um die geduldeten Schöpsen nur ja von der wahren Erkenntnis fernzuhalten, beweist wieder einmal treffend das Zentrumsgewerkschaftsblatt „Christliche Reform- und Steinarbeiterzeitung“ in seiner Nummer 7. Auf rund vier Spalten verteilt finden wir einige Duzendmal die Schlagworte „sozialdemokratisch“, „Genossen“ und „rot“. Der Autor in der Redaktion. Dasselbe Blatt feiert auch seinen Feiern an der Seite ein „Gedächtnisrecht“ vor, in dem die schönen Strophen vorkommen: „So darf niemand Anecht uns wahren, Menschen sind wir allerwärts.“ „Gottes Willen ist sich kund zu jeder Zeit, daß er gleiche Menschenrechte gab dem Mensch sein ewig.“ Gar nicht allein die Worte und Taten sind zweierlei. Anstatt der Heberfärbt „Menschenrecht“ hätte das Zentrumsgewerkschaftsblatt wählen sollen: „Dem Zentrumsbüchse Hauke ins Stammbuch“. Denn der Inhalt ist das Gegenteil des berühmten Ausspruchs dieses kirchlichen Großwärtenträgers: „Der Anecht ist, soll Anecht bleiben.“

Ein Freispruch. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Aue war gegen den Steinarbeiter A. aus Bismarck Klage wegen vollendeten Betrugs, und gegen die Steinarbeiter K. und G., beide aus Aue, wegen Beihilfe zum vollendeten Betrug angehängt worden. Der Klage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Steinarbeiter A. bezieht schon seit längerer Zeit für zwei Unfälle Unfallrente. Am 23. Juli 1913 wurde auf Grund einer weiteren Abnahme seiner Arbeitsfähigkeit seine Rente laut Entscheidung des Oberverwaltungsamtes Zwickau um 5,65 Mark monatlich erhöht. Diese Rentenerhöhung bildete den Anlaß der Klage. Es wird dem A. zur Last gelegt, daß er die beiden mitangeklagten Mitarbeiter veranlaßt habe, einen Teil der von ihm geleisteten Arbeit mit auf ihre Rechnung schreiben zu lassen. A. habe dieses Mandat vorgenommen zu dem Zweck, seinen Wochenlohn dadurch niedriger erscheinen zu lassen, als es tatsächlich der Fall gewesen sei. Dadurch sei ihm die Möglichkeit gegeben gewesen, eine höhere Rente zu erlangen. B. machte dagegen geltend, daß der Arbeitsprozeß im Steinbruchsgewerbe ein Vord in Handarbeiten mit den Mitarbeitern zur Bedingung mache. Es sei unwar, daß er seine Kollegen aufgefordert habe, einen Teil von ihrer geleisteten Arbeit mit auf ihre Rechnung zu nehmen und ihm hinterher die Summe dafür auszuzahlen. Die Mitangeklagten bestätigten die Angaben B's. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum B. am Lohnstage dem A. verhältnismäßig Geld gegeben habe, erklärte B., daß B. ihm mitunter geholfen hätte, wozu er gerade nicht befragt gewesen sei. Der als Zeuge vernommene Bruchmeister G. sagte im allgemeinen daselbe aus wie die Angeklagten. Auch aus dem beschlagnahmten Lohnbuch der Firma konnte ein Betrag nicht nachgewiesen werden, so daß das Gericht auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten erkennen mußte. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 15. bis 21. Februar.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kassen- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate).

Alt-Sarthau I, B. 30.—, E. 5.—, K. 64,20, M. 0,50. Anigäberg, B. 79,73, E. 0,50, K. 13,75. Gandsberg, E. 2,40, K. 0,40. Althaus, B. 3.—, K. 0,30. Rüstingen, B. 3.—, K. 0,30. Wanzleben, B. 3.—, K. 0,30. Müdelheim, B. 4.—, K. 0,40. Burg, B. 4,20, K. 0,40. Wilsdruff, B. 4,50, Div. 0,50. Jarmen, Ins. 9,60. Delitzsch, B. 10,20, K. 0,50. Pögnitz, B. 17,50, K. 1,50. Grimmitzsch, B. 0,50, K. 2.—. Zeuthen, B. 1,50, K. 0,50. Bröhen, B. 3,90. Rathenow, B. 1,50. Reudnitz, B. 6.—, K. 0,50. Hoffsch, B. 770.—, K. 20.—. Wlauen, B. 38.—. Crtenberg, B. 8,05, K. 0,10, M. 0,10. Adelsberg, B. 57,20, E. 13,75, K. 10,10. Ropenhagen, Ab. 7,50. Salzweil, B. 6.—. Königä-Buckenhäuser, B. 6,60, K. 0,70. Clausnig, B. 9.—, K. 6,10. Hög, B. 216,52, K. 13,60, M. 2,50. Göttingen, B. 81.—, K. 6.—. Wiesbaden, B. 44,75, E. 3.—, K. 0,70, M. 0,50. Proßdorf, K. 0,70. Großalmerode, B. 4,50, Div. 0,10. Königäberg, B. 141.—. Leipzig II, B. 46,15, K. 2,25. Schwig Geist, Kassierer.

Selbstabgaben für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Büchberg (Nied.-Bayern). Diejenigen Kollegen, welche unserer Zahlstelle gegenüber noch Verpflichtungen haben, werden ersucht, denselben unverzüglich nachzukommen. Die Ortsverwaltung.

Demig-Kamen, Böhlen. Wenn etwa Firmen noch nicht nach dem neuen, erhöhten Tarif bezahlt werden, so ist das Bezirkssekretariat sofort in Kenntnis zu setzen. Die Ortsverwaltungen.

Demig. Der mir von Getrees aus gemachte Vorwurf, ich hätte gewislich Anmerkungen erhoben, ist unwar. Ich erhielt zunächst ein Bz. in einem Schreiben wieder Bz. Ich mußte annehmen, es handle sich um ein Schreiben des betreffenden Vertriebes. A. Ebert.

Görlitz. Die Vertrauensleute der Ortsverwaltung werden gebeten, mir die Adressen der Kollegen Bekannten, gebeten in Brunnal bei Zehndorf (Ost-Preußen), bekanntzugeben, damit ich denselben an seine Adresse schreiben kann. Georg Wagner, Vorsitzender.

Körschütz. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adressen des Kollegen Peter Dandler, geboren in Brunnal bei Zehndorf (Ost-Preußen), bekanntzugeben, damit ich denselben an seine Adresse schreiben kann. Georg Wagner, Vorsitzender.

Körschütz. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adressen des Kollegen Peter Dandler, geboren in Brunnal bei Zehndorf (Ost-Preußen), bekanntzugeben, damit ich denselben an seine Adresse schreiben kann. Georg Wagner, Vorsitzender.

Körschütz. Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adressen des Kollegen Peter Dandler, geboren in Brunnal bei Zehndorf (Ost-Preußen), bekanntzugeben, damit ich denselben an seine Adresse schreiben kann. Georg Wagner, Vorsitzender.

Mandersbader. Ersuche den Kollegen Franz Secht von Scherdingen, das zum Abmelden in der Zahlstelle Karlsruhe erhaltene Verbandsbuch Nr. 3217 sowie Parteibuch, auf den Namen Mich. Stumpf, geb. am 19. August 1893 in Mandersbader, lautend, an die Zahlstelle Mandersbader gelangen zu lassen. Die Ortsverwaltung.

Schmalldaben, Halle, Erfurt. Zureisende haben sich sofort bei der betreffenden Ortsverwaltung zu melden. Die Ortsverwaltungen.

Steinwiesen. Der Steinmetz Johann Kämpfer aus Steinwiesen, 48 Jahre alt, wird ersucht, wegen Sterbefall seines Vormundes sofort seine Adresse an Unterzeichneten zu senden. Kollegen, denen der Aufenthalt des N. bekannt ist, möchten ihn diesbezüglich in Kenntnis setzen. Andreas Gremer, Steinwiesen Nr. 12.

Adressen-Veränderungen.

Hamburg. Vorf.: Joh. Raab, Siechenstraße 91. — Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt beim Kassierer Magnus Ramer, Hinterer Bach 5 (nur in der Zeit von 6—8 Uhr abends, Sonntags von 10—12 Uhr vormittags).

Büchberg (Nied.-Bayern). Kass.: Ludwig Sommer.

Duisburg. Kass.: H. Wächner, Fleischstraße 22.

Einbeck. Vorf.: Feinr. Schmugler, Langebrück 9.

Goldberg. Vorf.: Gustav Handke, Hermsdorf, Bahnhof. Kass.: Ernst Klose, Goldberg, Schmiedestraße 8.

Grünfeld. Vorf.: Michael Mauder. — Die Reiseunterstützung wird beim Kassierer Adam Müller in der Wohnung, vis-a-vis der Volkertsmühle, von 5—7 Uhr abends ausgezahlt.

Herrenhaide bei Burgstädt. Vorf.: Emil Müller, Hartmannsdorf, Obere Hauptstraße 81. Kass.: Paul Kästig, Köhrsberg bei Chemnitz.

Kaiserslautern. Kass.: Friedrich Magez, Flurstraße 33.

Reinheim. Vorf.: Georg Ackermann, Ober-Ramstadt, Wehrstraße.

Rimbach (Odenwald). Vorf.: Johann Wurzel, Hirtershausen. Kass.: Johann Seidel, Rimbach.

Saarbrücken. Kass.: Jof. Wiehn, Alte Meyer Straße 44.

Sprockhövel. Vorf.: Jof. Schmitz, Hauptstraße 78. Kass.: Fr. Brochhaus, Im Hieselsiepen.

Stettin. Kass.: Gustav Eichmann, Pladrinstraße 11, S. G. II.

Süplingen. Vorf.: Friedrich Bierwisch.

Wallbörn. Vorf.: Karl Frach, Kass.: Otto Mairon.

Anzeigen

Meissen II.

Sonntag, den 1. März, nachmittags 3 Uhr

im Gasthof zu Zadel

Oeffentliche Steinarbeiterversammlung.

Kassierer: Verbandsvorsitzender Paul Starke, Leipzig.

Massenbesuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Berlin.

Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr

in allen Bezirken Groß-Berlins

Bezirksversammlungen.

Tagesordnung:

Stellungnahme zum Verbandstag.

Kein Kollege darf fehlen! Die Ortsverwaltung.

Gaukonferenz im 1. Gau (Berlin).

Am Sonntag, dem 22. März, vormittags 10 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (Saal 5) in Berlin, Engelauer 15, unsere diesjährige Gaukonferenz statt.

Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung. 2. Agitation. 3. Stellungnahme und Anträge zum Verbandstag. 4. Verschiedenes.

Jede Zahlstelle ist berechtigt, zwei Delegierte zu entsenden. Die Kosten für einen Delegierten werden von der Gauverwaltung getragen; jede Zahlstelle muß vertreten sein. Das weitere ist durch Rundschreiben an die Zahlstellenvorsitzenden bekanntgemacht; wir bitten, dasselbe zu beachten.

Die Gauleitung. J. A.: Chr. Döngemach.

Gaukonferenz im 5. Gau (Mühlhausen, Thür.).

Am Sonntag, dem 15. März, vormittags 10 Uhr, findet im Volkshaus in Gotha unsere Gaukonferenz statt.

Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung. 2. Agitation. 3. Verbandstag. 4. Verschiedenes.

Die Zahlstellen können auf je 30 Mitglieder einen Delegierten entsenden. Die Kosten haben die Zahlstellen zu tragen.

Die Gauleitung. J. A.: Hans Moll.

Gaukonferenz des 8. und 9. Gaues (Mannheim und Karlsruhe).

Am Sonntag, dem 12., und Montag, dem 13. April (Osterfeiertage), vormittags 10 Uhr, findet in der Gewerkschaftszentrale zu Karlsruhe, Kaiserstraße 13, die Gaukonferenz des 8. und 9. Gaues statt.

Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleiter. 2. Lohn- und Tariffragen. 3. Organisation und Agitation. 4. Der bevorstehende Verbandstag (Einführung der Erwerbslosenunterstützung).

Die Zahlstellen der beiden Gaue werden ersucht, zu der Konferenz Stellung zu nehmen und soweit sie nicht einem anderen Gau angegliedert worden sind, die Delegiertenwahl hierzu vorzunehmen. Die Kosten der Delegation haben die Zahlstellen des jetzigen achten Gaues selbst zu bestreiten. Die Namen der Delegierten sind der Gauleitung in Mannheim bis spätestens zum 25. März mitzuteilen; event. Anträge zur Konferenz sind bis zum 31. März einzusenden.

Die Gauleitung. J. A.: Franz Garfert.

Schürzen

Gausmacherleinen, 100 und 115 cm breit. Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buchstaben-Oesen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung. Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

2 tüchtige Steinmetzen u. 1 Granitschleifer werden sofort gesucht.

Paul Casper, Steinmetzmeister, Sarmen (Bomm.).

Hm. Vorf.: Karl Hof, Fischerstraße 6 (Gewerkschaftshaus). Kass.: Joseph Kurz, Neutorstraße 18, II. — Die Reiseunterstützung wird durch den Vorsitzenden im Gewerkschaftshaus ausgezahlt.

Versammlungskalender.

Mitglieder-Versammlungen

Darmstadt: 1. März, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Eigershausen-Großewitte: 1. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Herrn Geinr. Hautel.

Jannowitz: 1. März, nachm. 3 Uhr, in Ruhles Gasthaus zu Nahelack.

Mannheim: 1. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Aisleben: 7. März, abends 8 Uhr, im Gasthof zum Fährhof.

Essen: 7. März, abends 8 Uhr, bei Weder.

Strehlen (Schl.): 8. März, abends 6 Uhr, bei Herben.

Gorkau: 9. März, abends 6 1/2 Uhr, im Gasthof.

Briefkasten.

E. Wird ohne weiteres aufgenommen. Aber bitte, noch etwas Geduld. — B. G. Da antworten wir: Wer viel anfängt zu gleicher Zeit, macht alles halb und nichts geschieht. — Schwarzwalb. Ein Stahlhärtemittel ist uns nicht bekannt. Vielleicht werden die Eisen zu tief ins Wasser gestellt. Granitwerkzeuge zu härten ist eine Sache für sich. — Fr. Wir haben bei der Behörde angefragt, welches Gestein verwendet wird, sind aber noch ohne Nachricht. — R. M. Praktisch wählbar. Mitglieder mit zweierlei Rechten kann es doch nicht geben. Besten Gruß! — Notizenbauer. Streichungen lassen sich nicht vermeiden. Wir können es natürlich nicht allen recht machen. Aber sonst besten Gruß! — G. Etwas mehr Bescheidenheit könnte nichts schaden. — R. Mainz. Nur nicht verzagt. Mit Energie wird vieles erreicht. Wird selbstredend abgedruckt. Besten Gruß, auch an die übrigen „Churfürstlich Mainzischen“ Steinmetzen. — Obermendig. Aus der Broschüre erfleht Du alles genau. Wie die Verhältnisse in Konstantinopel liegen, wissen wir nicht. — 28. Böllig ausgeschlossen. Warum denn in solchen Fragen erst Klage einreichen.

Die Artikelschreiber, welche sich mit der Tagesordnung des Dresdner Verbandstages beschäftigen, ersuchen wir, alle weitläufigen Betrachtungen zu unterlassen. Wir müssen sonst streichen, was sicherlich auch wieder böses Blut verursacht.

Anzeigen

Axo-Patent-Werkzeuge

Meißel — Hämmer — Hobel mit auswechselbaren Einsätzen. Lieferant sämtlicher anderen Werkzeuge.

Neuer Hauptkatalog auf Wunsch gratis und franko. Robert Schmidt, Bochumer Strasse 31.

Tüchtige Steinmetzen

auf Denkmalarbeit gesucht im Steinbruch Kündisch bei Rauschwitz (Sa.). Meldung dort bei unserem Bruchmeister Hausdorf oder auf unserem Bureau in Bismarckswerda.

Holzamer, Bauer & Co., O. m. b. H., Bismarckswerda.

Zwei tüchtige Schleifer

für Hand und Maschine sofort gesucht. S. Werner, Marmorwerk Hannover-Herrenhausen.

Geübte Pflastersteinboffierer

auf Reichensteine (1. Sorte) gesucht. Bezahlung nach Tarif. Karl Hierich, Meissen-Riesenstein.

Perfekte Dreher

für kunstgewerbliche Gegenstände sowie einen guten Steinmetz sofort für dauernd gesucht. Sächsische Marmorwerke R. Gieseler Niederhäslich (Bezirk Dresden).

Einige tüchtige Steinmetzen

für sofort auf dauernde Arbeit gesucht. Brch. Jakob & Co., Granit- und Granitwerke Werk Werlau bei Reinheim (Odenwald).

2 tüchtige Handschleifer

auf Marmor werden sofort eingestellt. Offerten mit Lohnangabe sind zu richten an Marmorindustrie, Braunschweig, Riddagshäuser Weg 22.

Jüngerer Steinmetz

auf Grabstein, sauberer Arbeiter, für sofort gesucht. Otto Grunicke, Merseburg a. S.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt sind.)

In Bremen am 21. Februar der Sandsteinmetz Karl Fr. Schmidt, 35 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In Gommern am 21. Februar der Pflastersteinarbeiter Wilhelm Schwieger, 50 Jahre alt, an Magentrebs.

In Pirna am 21. Februar der Sandsteinmetz Aug. Herm. Feinrich, 39 Jahre alt, an Lungentuberkulose.

In Schwarzenbach am 13. Februar der Granitsteinmetz Lorenz Puchta, 39 Jahre alt, an Herzkrankheit.

In Zwickau am 21. Februar der Granitsteinmetz Robert Walz, 38 Jahre alt, an Schlaganfall.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: H. Staubinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.